

Wochenlich 55 Pf., monatlich 1,60 RM.  
Im voraus zahlbar, Postbezug 4,20 RM.  
einwöchentlich 60 Pf., Postzeitungs- und  
72 Pf., Postbeleggebühren, Auslands-  
abonnemente 4.— RM. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Abendausgaben für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Beilagen „Welt  
und Zeit“ und „Kinderfreund“, ferner  
„Frauenstimme“, „Tagest“, „Bild in  
die Bücherei“, „Jugend-Vorwärts“  
und „Stadtbeilage“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einwöchige Kampfbroschüre  
80 Pfennig, Reklametexte 2.— Reichs-  
markt, „Kleine Angelegenheiten“ das etge-  
brachte Wort 25 Pfennig (wöchentlich zwei  
teilgebundene Worte), jedes weitere Wort  
12 Pfennig, Stellenangebote das erste  
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt  
Zeile 60 Pfennig, Familienanzeigen Zeile  
40 Pfennig, Anzeigenannahme im Haupt-  
geschäft Lindenstraße 3, wochenttäglich  
von 8<sup>1/2</sup> bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Kontokonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten, Wallstr. 65. Et. 3 u. Dibe.-Gef., Postfach 10000 Berlin, S.

# An der Seite der Arbeitenden!

## Anton Erkelenz tritt zur Sozialdemokratischen Partei über. Ein Protest gegen Brüning, Politif und soziale Reaktion.

Der bisherige demokratische Reichstagsabgeordnete Anton Erkelenz, der bis vor kurzem gemeinsam mit Dr. Koch-Beser Vorsitzender der Demokratischen Partei war, ist zur Sozialdemokratischen Partei übergetreten. Er begründet seinen Schritt in einem Schreiben an Dr. Koch. Die politischen Ausführungen des Schreibens geben wir im folgenden wieder:

29. Juli 1930.

Berehrter Herr Kollege Koch!

In Anbetracht der politischen Gesamtlage sehe ich mich genötigt, mein Amt als stellvertretender Vorsitzender des Parteiausschusses niederzulegen. Gleichzeitig erkläre ich hiermit meinen Austritt aus der Deutschen Demokratischen Partei. Das mir von den beiden Heimatswahlkreisen angebotene Spitzenmandat für die Wahlkreise Düsseldorf-Ost und West habe ich mit herzlichem Dank für das mir entgegengebrachte Vertrauen abgelehnt.

Nach der Revolution von 1918 habe ich eine große demokratische Partei für eine geschichtliche Notwendigkeit gehalten. Mit den Jahren hat sich aber immer deutlicher gezeigt, daß die Kreise, die nach ihrem inneren Wesen zur Demokratischen Partei gehören müßten, für die großen Aufgaben der Partei in der Außen- und Innenpolitik nicht das erforderliche Verständnis und die nötige Opferwilligkeit aufbringen.

**Sie sind immer mehr die Opfer nationalistischer und antisozialistischer Schlagworte geworden**

und haben ihre Mitteln verweigert bei dem national so außerordentlich wichtigen Hineinwachsen der deutschen Arbeitnehmerschaft in den neuen Staat und seine Aufgaben. Die Partei ist deshalb von Wahl zu Wahl kleiner geworden und hat unter größter persönlicher Aufopferung ihrer Führer in Stadt und Land nur noch einen Teil ihrer Aufgaben erfüllen können. Ich glaube nicht, daß man im ganzen an dieser ungünstigen Entwicklung den Führern eine persönliche Schuld beimessen kann, sondern sehe in dem allen Notwendigkeiten, denen die Partei nicht entrinnen kann.

An sich wäre für die Grundausgabe der Partei als demokratisch-sozialer Mittler- und Vortruppgruppe noch auf lange hinaus Raum. Sie könnte als kleine Partei, wenn auch mit vermindertem Kraft, ihre Ziele verfolgen. Und wenn ich nicht durch einen nerodösen Erschöpfungszustand infolge langjähriger Ueberarbeitung in den letzten zwei Jahren in meiner Tätigkeit wesentlich behindert gewesen wäre, würde ich stärker versucht haben, die Entwicklung der Partei in diesem Sinne zu beeinflussen.

**Aber die Partei war durch den Mißerfolg der Wahlen von 1928 so eingeschüchtert, daß sie ein immer stärkeres Bedürfnis nach Anlehnung und Verschmelzung mit weiter rechts stehenden Parteien erkennen ließ.**

Eine solche Anlehnung und Verschmelzung hat gewiß parlamentarisch-politisch ihre Vorteile. Sie verändert aber den Grundcharakter der Partei so stark, daß von den Parteiangehörigen, die durch die Schule Friedrich Raumanns gegangen sind, ein großer Teil in einer solchen rechts angelehnten „bürgerlichen“ Partei nicht mehr die Partei sehen kann, der sie ihre Lebensarbeit weiter widmen können. Das gilt besonders auch von der in Bildung begriffenen neuen „Staatspartei“, die nur in starker ideologischer und politischer Anlehnung an Rechtsbestrebungen einen Sinn hat. Die Beteiligung der Demokratischen Partei an der Regierung Brüning und die Mitverantwortung für die Politik dieser Regierung zeigte, daß das falsche Schlagwort des „Kampfes gegen den alles überwuchernden Sozialismus“ in der Demokratischen Partei mehr Zustimmung gefunden hatte, als sich mit dem Charakter der Partei als demokratische und soziale Mittlergruppe vereinbaren ließ.

Die Politik Brünings hat die Demokratische Partei in ihrem inneren Kern tödlich verletzt. In der Regierung Brüning wurde die demokratische Fraktion die Gefangene aller reaktionären Wünsche der Deutschen Staatspartei, der Wirtschaftspartei, des Landbundes. Fast alle neuen Lasten wurden auf die Nicht- oder Wenigbesitzenden abgelegt und der Aufbau der Sozialpolitik und der Löhne mit einem Eifer betrieben, der sich nur aus dem Gefühl befriedigter Rache erklärt.

Es ist unmöglich, sich in einer Partei zurechtzufinden, die nach Art der alten nationalliberalen Partei heute links, morgen rechts steht, die aber immer dabei sein soll. Ich habe es abgelehnt, für die Maßnahmen dieser Regierung je meine Stimme abzugeben und kann auch im Wahlkampf diese Politik nicht mit verteidigen.

**Wenn die Vorkämpfer des deutschen Bürgertums einen Entscheidungskampf suchen gegen den Teil des Volkes, der in Not und Verzweiflung am treuesten zum neuen Staat gestanden hat, dann ist mein Platz an der Seite der Arbeitenden, an der Seite derjenigen, die für die Freiheit der Arbeit, der Arbeit des Geistes und der Hand eintreten.**

Die taktischen Bindungen, die mir die Zugehörigkeit zur Demokratischen Partei in diesem Kampf seit Jahren auferlegt, muß ich nun, angesichts des offenkundigen Vorstoßes aller reaktionären Kräfte, aufstreifen.

So steht für mich kein anderer Entschluß als der Austritt aus der Demokratischen Partei und

**der Eintritt in die deutsche Sozialdemokratie.**

die seit Jahren schon einen großen Teil der Aufgaben übernommen hat, die man ursprünglich der Demokratischen Partei stellen mußte. Damit löse ich für mich persönlich auch die Frage, die an ein wichtiges Uebel des deutschen Parlamentarismus rührt: die Zerplitterung des deutschen Parteiwesens.

Wer die deutsche Demokratie erhalten will, muß lernen, sich in große Parteikörper einzufügen. In dem Augenblick, in dem ich aus der Partei scheidet, darf ich auch vielleicht daran erinnern, daß Raumann selbst zweimal vor dem Entschluß gestanden hat, zur Sozialdemokratie überzutreten, 1903 und 1918.

Der Weg der Demokratischen Partei wird in diesem Schreiben von einem Manne kritisch geschildert, dessen ganze Arbeit und Hoffnung dieser Partei gehörte. Anton Erkelenz ist seit längerer Zeit krank — aber er hätte sich dennoch mehr der praktischen Politik gewidmet, wenn er nicht dauernd gehemmt worden wäre durch das Bewußtsein, daß er damit in ständigen Gegensatz zur Demokratischen Partei geraten würde.

Er hat in der „Hilfe“, deren Mitherausgeber er ist, immer wieder seine Stimme erhoben, scharf kritisierend und mahnend, aber seine Stimme wurde nicht gehört. Der Weg der Demokratischen Partei ging unaufhaltsam nach rechts.

Anton Erkelenz ist aus der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen, er war in der Demokratischen Partei der Repräsentant des sozialen Elements. Er war Demokrat aus Ueberzeugung, für ihn war die soziale Gesinnung die selbstverständliche Konsequenz des demokratischen Bekenntnisses. Sein Austritt und sein Uebertritt zur Sozialdemokratischen Partei zeigt, daß der Rest der einst starken Demokratischen Partei mit den demokratischen Grundzügen zugleich die soziale Gesinnung aufgegeben hat.

Es gibt in Deutschland außer der Sozialdemokratie keine Partei mehr, um die sich die wirklichen demokratischen Elemente scharen könnten! Anton Erkelenz scheidet sich von der Partei, die bisher noch den Namen „Demokratische Partei“ führte, und die nun den Namen den demokratischen Grundzügen nach über Bord wirft. Wir hoffen, daß dieser Schritt für alle, die aus dem parteimäßigen Zusammenbruch der Demokratischen Partei demokratische und soziale Gesinnung gerettet haben, ein Signal und ein Wegweiser sein wird!

## Bürgerliche Verwirrung.

### Der Schrei nach dem Retter.

#### Das Führerproblem in der „Staatspartei“.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet ihre Wünsche an die Neugründung der Koch, Wahren und Co. an. Sie warnt vor „Mandatsjagd“ und schreibt im Anschluß an ihre Ausführungen über die Kandidatenfrage:

„Unseres Erachtens kann diese Frage überhaupt erst entschieden werden, wenn sich die Zusammensetzung der Partei einigermaßen übersehen läßt und das sehr viel wichtigere Führerproblem gelöst ist. Die Gründer der Deutschen Staatspartei werden sich darüber selbst im klaren sein, daß sie einen neuen Mann herausstellen müssen, eine Persönlichkeit, die unbelastet ist und schon darum überall Vertrauen erwecken kann, die aber auch wirkliche Führerqualitäten besitzt und dem Programm die zündende Idee geben kann, die ihm vorerst noch fehlt.“

Das ist bitter für Herrn Koch, der sich natürlich alle

Führerqualitäten zuschreibt — es ist aber zugleich bezeichnend für die Ideologen, die in dieser Neugründung spulen! Der „Retter“ soll es wieder einmal machen, der neue, bisher noch nicht bekannte Mann, der begnadete Führer, der die zündende Idee aus der Tasche ziehen soll. Man kennt diesen Schrei nach dem Retter aus der rechtsradikalen Bewegung und weiß auch, was sich dahinter verbirgt! Es ist nur logisch, wenn die bürgerliche Mitte in ihrem Zusammenbruch sich jetzt diesen Ruf aneignet. Das ist also der Weisheit letzter Schluß!

Aber so ernst ist es auch hier nicht gemeint. Noch vor kurzem hat die „Kölnische Zeitung“, als sie eine solche Staatspartei empfahl, geraten, den an solcher Sammlung beteiligten Organisationen hinreichend Führerstellen anzubieten — und schließlich war ja auch die Rettung der alten, bekannten, politisch schon belasteten „Führerpersönlichkeiten“ für das Parlament der Zweck der Uebung!

### Sammlung mit Koch.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ schreibt der langjährige Privatsekretär Stresemanns, Henry Bernhard, gegen die Deutsche Staatspartei.

„Diese Parteigründung ist nicht im Sinne und Geiste Stresemanns. Denn Stresemann hätte nie und nimmer — trotz aller Schwierigkeiten und Bitternisse, die er in und von seiner Partei erlebt hat — diejenigen starken Kräfte verlassen, die in der Volkspartei in wahrhaft liberalem Sinn und Geist vorhanden sind.“

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ veröffentlicht Erklärungen der Volksparteier Prof. Rahl, Curtius und Dingeldey, daß sie zu Unrecht mit der Deutschen Staatspartei in Verbindung gebracht würden.

Dr. Koch-Beser veröffentlicht eine sehr lange Erklärung gegen die gestrige Erklärung der „Nationalliberalen Korrespondenz“, in der er sich auf eine Unterredung mit Stresemann neun Tage vor seinem Tode beruft und sich gewissermaßen als Vollstrecker des letzten Willens Stresemanns zu erkennen gibt.

Die neue Partei ist zwar noch nicht richtig fertig, aber der Koch um sie ist schon ganz schön im Gange!

## Denkt daran!

**Am 1. August, dem Tage des Kriegsausbruchs, veranstaltet die Sozialdemokratie Groß-Berlins im Lustgarten um 19<sup>1/2</sup> Uhr**

**eine Kundgebung gegen Kriegshetzer und Kriegstreiber, für Verständigung der Völker und für den Frieden der Welt.**

**Diese Kundgebung wird gleichzeitig durch wichtigen Massenaufmarsch den Wahlkampf einleiten gegen die Sozialreaktion, gegen Diktaturgelüste, gegen kapitalistische Bürgerblockpolitik, aber für die großen Ziele der Sozialdemokratie, für**

**Demokratie und Sozialismus!**



## Die Konkurrenz um die Landstimmen. Schiele beim Landvolk.

Wie die „Landvolk-Nachrichten“ erfahren, hat der Parteiausschuss der Landvolkpartei am Dienstag nachmittag beschlossen, mit der konservativen Volkspartei eine gemeinsame Reichsliste unter dem Kennwort „Deutsches Landvolk (Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei)“ aufzustellen. Wie die „Landvolk-Nachrichten“ weiter hören, hat sich Minister Schiele der Landvolkpartei angeschlossen.

### Auch Hugenberg preist an.

Die deutsch-nationale Pressestelle veröffentlicht die folgende Konkurrenznotiz gegen die Landvolkpartei:

Gegenüber irreführenden gemäßigten Darstellungen sei festgestellt, daß die Zahl der landwirtschaftlichen Berufsvertreter innerhalb der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion auch nach der Abspaltung der Gruppe Westarp noch genau so groß ist, wie die ganze Bauernparteiliche Fraktion. Von den bisherigen Abgeordneten der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion stehen noch wie vor in klarer Gefolgschaft zur deutsch-nationalen Volkspartei nachstehende landwirtschaftliche Berufsvertreter: Dr. Agema, Vorsitzender des ostpreussischen Landbundes; 2. Graf zu Eulenburg, Ostpreußen; 3. Hofbesitzer Gerns, Schleswig-Holstein; 4. Rittergutsbesitzer v. Goldacker, Vorsitzender des Provinzial-Landbundes der Provinz Sachsen; 5. Landwirt Haas, Württemberg; 6. Hofbesitzer Soth, Schleswig-Holstein; 7. Rittergutsbesitzer Stubben-dorff; 8. Gutsbesitzer Wege, Mitglied des Bundesvorstandes des Reichslandbundes; 9. Joh. Wolf (Stettin), Vorsitzender des Reichslandarbeiterbundes. Weiter kommt hinzu eine ganze Reihe von Abgeordneten, die ohne Berufslandwirte zu sein, der Landwirtschaft sehr nahe stehen und den örtlichen Verbänden ihrer Bezirke angehören. Die Zahl der Berufslandwirte in der deutsch-nationalen Landtagsfraktion beträgt 23.

Wer ist nun der allein wahre Jakob für das Landvolk?

## Der Ständige Ausschuss einberufen. Entscheidung über die Grenzen seiner Zuständigkeit.

Der Ausschuss des Reichstags zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung ist auf Mittwoch, 6. August, nachmittags zu einer Sitzung berufen. Als wichtigster Punkt der Tagesordnung wird der Ausschuss die Frage behandeln, ob er befugt ist, Verordnungen der Regierung auf Grund des Artikels 48 aufzuheben.

Außerdem steht auf der Tagesordnung der Ausschussung ein Antrag des Reichsministeriums des Innern wegen Aufhebung der Immunität des kommunistischen Abg. Schüller. Gegen diesen schwebt ein Hochverratsverfahren. Der Reichsminister des Innern nimmt an, daß, wie der Reichstag das Recht hat, die Immunität eines Abgeordneten aufzuheben, auch der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung die Immunität eines Abgeordneten, der zu den beiden ständigen Ausschüssen, dem Auswärtigen Ausschuss und dem Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gehört, aufheben kann. Auch diese Frage ist umstritten, und der Ausschuss wird darüber zu entscheiden haben.

## Auflösungsgerüchte in Thüringen.

Die Nazis trauen ihren Koalitionsbrüdern nicht mehr.

Weimar, 29. Juli (Eigenbericht).

Die „Allgemeine Thüringische Landeszeitung“ veröffentlicht unter dem Titel „Regierungsstrife in Weimar“ einen Artikel, in dem es heißt, daß gewisse Kreise mit dem Gedanken spielen, mit der Wahl zum Reichstag auch zum Landtag neu zu wählen. Der Gedanke sei zuerst auf dem Goutag der Nationalsozialisten in Gera laut geworden. Man habe dort den Gedanken aufkommen lassen, daß es vielleicht bald zu einem Bruch der Koalition kommen könnte und zwar wegen der Abstimmungs-ergebnisse über die Mißtrauensanträge der Sozialdemokratischen Partei gegen Fric und Marschler und der Stellung der Volkspartei zu diesen Anträgen.

Die „Landundzeitung“, das Organ des Ministers Baum, widerspricht den Gerüchten, wonach die Tage der thüringischen Regierung gezählt seien, erklärt aber gleichzeitig, daß es durchaus nicht unmöglich erscheine, daß es in Anbetracht der finanziellen Schwierigkeiten, die infolge der Sperierung der Polizeizuschüsse zu verzeichnen seien, zu ernstlichen Meinungsverschiedenheiten im Kabinett komme und eine Krise herbeigeführt werde.

## Thüringer Kabinettsitzung in Garmisch.

Weimar, 29. Juli (Eigenbericht).

Der thüringische Wirtschafts- und Justizminister Dr. Kästner, der gegenwärtig die in Urlaub befindlichen Minister Fric und Baum, vertritt, hat sich nach Garmisch in Oberbayern begeben, wo eine Zusammenkunft der drei thüringischen Minister stattfinden soll. Zweck der Reise ist eine Aussprache über das vorläufige Urteil des Staatsgerichtshofes in dem Streit um die gesperrten Reichsgelder und über die dadurch geschaffene Lage. Minister Dr. Kästner von der Wirtschaftspartei soll die Auffassung vertreten, daß in der Streitsache eine Verständigung mit dem Reich herbeigeführt werden müsse, bevor der Staatsgerichtshof sein Urteil fällt. Fric ist damit nicht einverstanden. Er will, daß der Staatsgerichtshof sich für oder gegen Thüringen entscheiden soll.

## Strafantrag Brauns.

Gegen den Landvolkschimpfbold Hamkens.

Wie der Antische Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident Dr. Braun auf Grund eines Beschlusses des preussischen Staatsministeriums gegen den Landwirt Wilhelm Hamkens aus Lettenhüll, den Führer der Landvolkbewegung, Strafantrag wegen wiederholter grober Beleidigungen gestellt.

## Die Entführungsaffäre Scheichod.

Verfahren gegen Schmidt eingestellt.

Hamburg, 29. Juli.

Zu dem Strafverfahren, das gegen den Derutra-Angestellten Schmidt wegen angeblicher Entführung eines Minderjährigen eingestellt worden war, teilt die Hamburger Justizpressestelle mit: Durch die Ermittlung ist nicht erwiesen, daß die Ausreise des jungen Scheichod nach Rußland durch den Beschuldigten Schmidt oder eine andere Person veranlaßt worden ist. Es ist vielmehr anzunehmen, daß Scheichod selbständig gehandelt hat. Der Haftbefehl gegen Schmidt ist daher aufgehoben und das Strafverfahren eingestellt worden.

# USA. gegen USSR.

## Bergeblücker Protest gegen das Löscherbot.

Washington, 29. Juli. (Eigenbericht.)

Die zwei Schiffe, deren russische Ladung zu Löschen verboten ist, liegen im New-Yorker Hafen unter strenger Bewachung der Zollbehörde. Alle Versuche der Sowjet-Handelsvertretung Amtorg um eine Aufhebung des Verbots sind ergebnislos geblieben. Weitere 32 Schiffe mit Fracht aus Rußland sind unterwegs nach Häfen der USA. Auch für sie wird voraussichtlich ein Ausladeverbot ergehen mit der Begründung, daß die Einfuhr von Ware, die von Sträflingen und Zwangsarbeitern hergestellt ist, der amerikanischen Zollgesetzgebung widerspreche. Die Sowjet-Handelsvertretung in New York versichert demgegenüber, daß die Ware weder von Sträflingen noch von Zwangsarbeitern hergestellt wurde; Glauben hat sie jedoch nicht gefunden. Man behauptet, sie hätte wiederholt Erklärungen abgegeben, die sich dann als un wahr erwiesen.

Die Sowjet-Handelsvertretung hat mit scharfen Gegenmaßnahmen der Sowjetunion gedroht, jedoch erfolglos.

### Hintergründe des Streites.

New York, 29. Juli.

Zu den Vorschlägen in den letzten Tagen über die Handelspolitik Rußland gegenüber schreibt „Herald and Tribune“, die Sowjet-Regierung habe selber schuld, wenn die politische Opposition gegen das Sowjetregime und die wirtschaftliche gegen seinen Handel miteinander verqu coast würden. So lächerlich auch die Beschuldigungen des Kongresses a. D. Wahlen gegen die Amtorg seien, so hätten doch die Vereinigten Staaten allen Grund, gegen die Sowjet-Regierung Verdacht zu hegen. Der Vorschlag, unter politischen Gesichtspunkten allen Handelsverkehr mit der Sowjetunion abzubrechen, könnte schon empfohlen werden, auch wenn die Gründe, die der Gewerkschaftsführer Woll, Präsident der Federation of Labour, vorgebracht habe, nicht stichhaltig seien. Allerdings

die Ausführung des Fünfjahres-Plans eine solche Bedrohung der Lebenshaltung der breiten Massen anderer Länder

sein, daß die gegenwärtigen Zolltarifgesetze für die Vereinigten Staaten nicht ausreichen und man andere Maßnahmen ergreifen müßte. „World“ sagt, daß Woll nicht nur ein erbitterter Samweigeegner, sondern auch ein fanatischer Hochschulzöllner sei. Die gegenwärtige Agitation gegen die Einfuhr russischer Erzeugnisse komme in der Hauptsache aus den Kreisen der Arbeiter und kleineren Fabrikanten, während

Großindustrie und Großbanken mit der gegenwärtigen Hege gegen die Amtorg nicht einverstanden

seien. Ueberhaupt stehe die Antipathie der Vereinigten Staaten gegen Rußland in scharfem Gegensatz zu dem Verhalten seiner Handelsrivalen: Deutschland, England, Frankreich und Italien pflegten den Handel mit der Sowjetunion und ihr Handelsverkehr mit Rußland steige ständig, während der amerikanische zurückginge, obwohl jene Länder durch den russischen Kommunismus mehr beunruhigt sein dürften als die Vereinigten Staaten.

### Moskauer Neußerungen.

Moskau, 29. Juli. (Ost-Expres.)

Mit steigender Besorgnis und Entrüstung verfolgt die Sowjet-Press die amerikanische Aktion gegen die russische Einfuhr und damit gegen die Sowjetunion selbst. Die Moskauer Presse wettert gegen die „wildgewordenen Propagandisten“, womit die Mitglieder des amerikanischen Untersuchungsausschusses gemeint sind. Radek, der ja schon seit längerer Zeit sehr bemüht ist, seine frühere Opposition durch besondere Uebereifer gutzumachen, richtet in einem langen Artikel an den amerikanischen Untersuchungsausschuss in pathetischem Ton die Frage, ob der amerikanische Kapitalismus denn wirklich die großen Verluste ruhig hinnehmen wolle, die ein Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen mit sich bringen müßte. Die offiziellen „Iswestija“ bringen mit Anspielung auf den Namen des Vorsitzenden des amerikanischen Untersuchungsausschusses Fish eine satirische Zeichnung, die eine Schüssel mit einem gekochten Fisch darstellt, dessen üble Ausdünstung die Umstehenden veranlaßt, sich die Nasen zuzuhaken. Der ganze Ton der Presse verrät indessen nicht nur Jörn, sondern auch die Befürchtung, daß die Beziehungen sich noch weiter verschärfen könnten. (Was ja inzwischen durch das Löscherbot geschehen ist. Red.)

# Skandalmacher im Unterhaus.

## Nach der Affäre Beckett der Fall Sandham.

London, 29. Juli. (Eigenbericht.)

Robert S. Young, der im Unterhaus den Wahlkreis North-Birmingham vertritt, hat seinen Austritt aus der Unabhängigen Arbeiterpartei erklärt.

Young war einer der organisatorisch jähtigsten und verdienstvollsten Anhänger der U.A.P. — Wenn er jetzt in die Reihen der Labour Party übertritt und seine alten Freunde verlassen hat, so ist dies ein nach außen deutlich erkennbares Merkmal für den inneren Bruch der U.A.P. herrschenden Zwiespalt. Immer klarer schält sich in der U.A.P.-Fraktion eine gegen die Führung Kartons gerichtete Mehrheit heraus, die sich aus den fruchtlosen Kämpfeleien an der Labour Party und mit den Disziplinlosigkeiten im Unterhaus keinen Vorteil für die Arbeiterbewegung verspricht. Das sind auch die Gründe, die Young dazu bestimmt haben, das Licht zwischen sich und der U.A.P. zu zerbrechen. Die U.A.P., so erklärt Young, habe die Pflicht zur Kohäsion und er bedauere aufs tiefste ihren unüberbrücklichen, feindsüchtigen und nichtsozialen Geist gegenüber der Labour-Regierung. Die Führung der U.A.P. scheine es völlig darauf angelegt zu haben, die Arbeiterbewegung zu diskreditieren. Das sei unverantwortlich. So schwer ihm auch der Entschluß gefallen sei, das Verhalten der U.A.P. könne er nicht mehr länger durch seine Mitgliedschaft decken.

Man mag zu den Ansichten und der Haltung der U.A.P. stehen wie man will. Es ist unter Kartons Führung eine Taktik und eine Art in der Unabhängigen Arbeiterpartei hochgekommen, die höchst bedauerlich ist, weil sie die gesamte englische Arbeiterbewegung diskreditiert. Der Fall Beckett zeigte bereits, wohin die Disziplinlosigkeit und die falsch verstandene Bewegungsfreiheit der U.A.P. führen mußte.

Jetzt ist ein Fall Sandham hinzugekommen.

Dieses Mitglied des Unterhauses und der U.A.P. verstieg sich in Manchester im Verlauf einer U.A.P.-Konferenz zu den Worten: „Mitglieder der Labour-Party kaufen besinnungslos betrunken im Unterhaus herum und lassen sich von Kapitalisten und anderen Interessenten bestechen.“ Diese aus den Fingern gesogene Behauptung Sandhams hat einen Sturm der Entrüstung nicht nur bei der Labour Party, sondern auch bei den bürgerlichen Parteien und in der gesamten Presse hervorgerufen. Die Worte Sandhams sind eine einzige Lüge und von allen Seiten wird Sandham aufgefordert, Namen zu nennen und Beweise zu erbringen. Als aber Sandham am Montag im Unterhaus bei einer offiziellen Anfrage eines bürgerlichen Abgeordneten Rede und Antwort stehen sollte, war sein Abgeordnetensitz leer.

Am Dienstag nachmittags war aber Sandham anwesend und er verlas nochmals seine in Manchester gehaltenen Rede. Mehrmals rief ihn der Präsident zur Ordnung. Als Sandham trotzdem mit der Verlesung seiner Rede fortfahren wollte, wurde er von Maxton gebeten, sich der Ordnung zu fügen. Sandham schloß mit den Worten:

er siehe zu jedem seiner Worte.

Dann mußte Sandham dem parlamentarischen Brauch gemäß den Sitzungssaal verlassen. Er tat es, von den Zurufen aus allen Parteien: Beweise, Beweise! begleitet.

Da ein konservativer Abgeordneter den Antrag eingebracht hatte, Sandham zur Verantwortung zu ziehen, mußte der Ministerpräsident Stellung nehmen. Macdonald tat es, indem er erklärte, Sandham habe seine Worte nicht zurückgezogen und auch keinen Beweis für seine Behauptungen geliefert. Deshalb müsse ihm hierzu vor dem verfassungsmäßig bestimmten Parliamentsausschuss Gelegenheit gegeben werden. Baldwin und Lloyd George unterzogen Macdonald und jagten, es handele sich nicht nur um die von Sandham schwer beleidigten Mitglieder der Arbeiterpartei, sondern auch um die Würde und das Ansehen

des Parlamentes. Zum Schluß der Debatte wurde ein Antrag Macdonalds auf Einberufung des zuständigen Untersuchungsausschusses mit 419 Stimmen gegen acht Stimmen der engeren Freunde Sandhams (darunter Beckett) angenommen. Der Ausschuss, vor dem sich Sandham jetzt wird verantworten müssen, hat nach der Verfassung strafrichterliche Gewalt.

Auch der Fall Sandham zeigt, welcher Geist in der U.A.P. eingezogen ist. Es ist eine Art des politischen Kampfes und des Bruderzwistes, die in ihrer priesterhaften Selbstüberhebung nicht nur unerträglich für die Arbeiterbewegung, sondern auch der U.A.P. selbst, wie der Austritt von Young zeigt, nicht beförmlich sein dürfte. Die U.A.P. hat Wege beschritten und einen Boden erreicht, auf dem in England wenig Früchte zu ernten sind.

### Die anglo-indische Konferenz.

London, 29. Juli. (Eigenbericht.)

In der Dienstagssitzung des Unterhauses erklärte Macdonald, die Regierung habe beschlossen, die britische Delegation zur kommenden englisch-indischen Konferenz aus je drei oder vier Mitgliedern aller englischen Parteien zusammenzusetzen. Die Regierung werde sich jedoch in ihren Entschlüssen für die Konferenz volle Handlungsfreiheit vorbehalten.

## Kanada hat konservativ gewählt.

Die Liberalen müssen nach 13 Jahren die Regierung abgeben.

Montreal, 29. Juli. (Eigenbericht.)

Die kanadischen Wahlen haben der Konservativen Partei einen großen Erfolg und zugleich die Majorität im kommenden Parlament verschafft. Die Liberalen sind geschlagen und die Folge ist, daß die seit 13 Jahren fast ununterbrochen im Amt befindliche liberale Regierung Mackenzie King zurücktreten muß. Bennett, der konservative Führer, wird der künftige Ministerpräsident sein. Die Konservativen haben 134 Sitze errungen, das sind 45 mehr als im alten Parlament. Die Liberalen sind von 123 auf 84 Mandate zurückgegangen. Die mit der englischen Labour Party eng verbundene kanadische Arbeiterpartei hat ihre bisherigen drei Sitze behaupten können. Die übrigen Mandate verteilen sich auf kleinere Splitterparteien. Fünf Wahlkreisergebnisse stehen noch aus.

Klassenmäßig betrachtet ist der politische und soziale Unterschied zwischen den Konservativen und Liberalen sehr gering. Das alte Parlament wurde aufgelöst wegen Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit und die Höhe der Schutzzölle. Auch Kanada leidet unter der Wirtschaftskrise und der damit einhergehenden Arbeitslosigkeit. Ein neuer Zolltarif, den die liberale Regierung eingebracht hatte, wollte den englischen Waren die bisher üblichen Einfuhrerleichterungen gewähren. Die Konservativen waren jedoch unzufrieden und erklärten, zuerst komme Kanada, und dann erst das britische Imperium. Das war auch die Wahlparole. Die Wähler haben sich in ihrer Suche nach einem Ausweg aus der Wirtschaftskrise für diese Parole und damit für eine konservative Regierung erklärt. Sie wird zwar nicht die kanadische Wirtschaftskrise und nicht die Arbeitslosigkeit beseitigen, aber es beweist den Hang und Drang der britischen Ueberseeländer nach größerer wirtschaftlicher Selbständigkeit. So betrachtet wird der Wahlausgang in Kanada und der Regierungswechsel einige Bedeutung für die kommende britische Reichstagskonferenz haben.



# Unangebrachte Drohungen.

Ein Wort an das Zentrum.

Von Rudolf Breitscheid.

Der Führer der Zentrumsparlei, Prälat Kaas, und der preußische Landtagsabgeordnete Heß, der Vorsitzende der preußischen Zentrumsfraktion, haben am Dienstag auf einer Sitzung des Zentrumsparleivorstandes der Sozialdemokratie wieder einmal mit dem Bruch der preußischen Regierungskoalition gedroht. Herr Kaas, so berichtet die „Germania“, wies auf das seltsame Bündnis hin, zu dem sich die Sozialdemokratie im Reichstag mit Hugenberg, Hitler und den Kommunisten zusammengefunden habe, und wandte sich scharf dagegen, daß Ministerpräsident Braun und der Führer der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Heilmann, im Reichstag gegen das Kabinett Brüning gestimmt haben. Herr Heß erklärte es für einfach unerträglich, wenn der zum Teil ganz hemmungslose und vor allem innerlich vollkommen unwahrscheinliche Kampf so weiter gehen solle, wie er jetzt von der Sozialdemokratie gegen das Zentrum und den Reichskanzler Dr. Brüning geführt werde. „Wenn die Sozialdemokratie nicht endlich zu einer grundsätzlichen Aenderung ihrer Kampfesart nicht nur, sondern auch ihrer ganzen politischen Arbeitsmethode zu kommen vermag, wird eine Zusammenarbeit mit ihr zur Unmöglichkeit.“

Wir haben ähnliche Warnungen schon bald nach der Bildung des Kabinetts Brüning vernommen, als die Sozialdemokratie gegen die neue Regierung in eine selbstverständliche Opposition trat. Sie sind dann allmählich wieder verstummt, da das Zentrum wohl einsah, daß es die Sozialdemokratie von dem Wege ihrer politischen Pflicht nicht abbringen könne, und daß außerdem die gegen uns erhobenen Vorwürfe der Inkonstanz völlig unberechtigt seien. Jetzt vor den Wahlen werden die Drohungen in womöglich noch verschärfter Töne wiederholt.

Was will man eigentlich von uns? Es scheint uns reichlich weit zu gehen, wenn Herr Kaas zwei sozialdemokratischen Mitgliedern des Reichstags, die gleichzeitig eine politische Rolle in Preußen spielen, einen Vorwurf daraus macht, daß sie der Parole ihrer Fraktion gefolgt sind. Als Reichstagsabgeordnete hatten sie so zu stimmen, wie es die Verhältnisse im Reich, für deren Entwidlung wir nicht die Verantwortung tragen, erfordern. Und es ist — wir müssen schon ein hartes Wort gebrauchen — eine Annahme des Zentrumsführers, wenn er einzelnen unserer Parteifreunde Vorhaltungen wegen ihres politischen Verhaltens macht.

Kaum erst zu nehmen ist die weitere Anklage, wir hätten uns mit Kommunisten, Nationalsozialisten und Herrn Hugenberg verbündet. Wir haben uns gegen die Vorlagen der Regierung gewandt und haben die Aufhebungen der Verordnungen beantragt, ohne danach zu fragen, welche Stellung andere Parteien einnehmen würden. Wenn die Gruppen der äußersten Rechten und der äußersten Linken uns gefolgt sind, so ist das ausschließlich ihre eigene Angelegenheit gewesen. Wir haben nicht um deutschnationale Stimmen geworben. Aber gemorben haben wir sie mit Worten sowohl wie mit Taten die Regierung und ihre Parteien, und wenn solche Bemühungen Verurteilung verdienen, so fällt diese Kritik auf das Kabinett Brüning zurück. Daß seine Anstrengungen keinen Erfolg hatten, geht uns nichts an. Und wie ist es beispielsweise bei der Amnestienotlage gewesen? Waren wir da etwa die Verbündeten der Kommunisten und der Nationalsozialisten oder waren es nicht die bürgerlichen Parteien einschließlich des Zentrums, die sich durch ein solches Zusammengehen in keiner Weise moralisch bedrückt fühlten?

Nun aber die allgemeiner gehaltenen Angriffe des Herrn Heß. Von einem hemmungslosen und innerlich unwahrscheinlichen Kampf ist da die Rede. Die sozialdemokratische Partei will eine derartige Form des Kampfes sicher nicht. Aber auch diesmal scheint es wieder so zu sein, daß das Zentrum jede Kritik, die ihm nicht paßt, als hemmungslos und innerlich unwahrscheinlich bezeichnet. Es kann es nicht ertragen, daß wir Front gegen ein Kabinett machen, dessen Grundgesetz das Regieren ohne die Sozialdemokratie war und das geradezu zwangsläufig in die Bahn des Regierens gegen die Sozialdemokratie und gegen die Arbeiterschaft gedrängt worden ist. Es empfindet es als unerträglich, daß wir die Anwendung des Artikels 48 als einen zur Genugung der Verfassungsgegner unternommenen Vorstoß gegen die Grundlagen der parlamentarischen Demokratie kennzeichnen.

Kein Unbefangener wird bestreiten können, daß die Sozialdemokratie bis an die Grenze des ihr Möglichen gegangen ist, um das Verlassen der geordneten parlamentarischen Bahnen zu verhindern. Wir haben uns zur Mitarbeit an der Finanzreform angeboten, aber man hat uns zurückgewiesen und man hat keinerlei auch nur halbwegs ernst zu nehmende Verhandlungen mit uns angeknüpft. Man konnte es nicht, und man durfte es nicht. Denn der Sinn der Regierung Brüning war der, die Sozialdemokratie in eine hoffnungslose Opposition zu drängen. Das hat zu allem Ueberfluß, ohne Widerspruch zu finden, das Organ des Ministers Treviranus vor wenigen Tagen deutlich genug ausgesprochen.

Unsere Aufgabe ist es, jetzt dafür zu sorgen, daß am 14. September aus der Unruhe die Mehrheit werde. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir unsere ganze Kraft anzuspannen, und daraus ergibt sich von selber die Notwendigkeit der Abrechnung mit den Parteien, die die Regierung bisher unterstützt haben oder ihr im neuen Reichstag zu einer Majorität verhelfen sollen. Rücksichten auf die Aufrechterhaltung der Koalition in Preußen können uns dabei nicht hindern. Wir wünschen, daß sie bestehen bleibt. Aber niemand kann von uns erwarten, daß wir um dieses Zweckes willen den Kampf im Reich dämpfen und uns so mitschuldig an der Weiterführung eines Systems machen, das wir aus staatsrechtlichen sowie aus allgemein politischen Gründen für verhängnisvoll erachten. Wir sehen es nur gern, wenn allen Stellen im Reich an der Fortdauer erträglicher Beziehungen zwischen den preußischen Regierungsparteien ebensoviel gelegen wäre wie uns. Daß das leider nicht der Fall ist, hat schon die Art und Weise bewiesen, wie der Hindenburg-Brief an den preußischen Ministerpräsidenten zustande gekommen ist.

Die Auseinandersetzungen mit dem Zentrum, die uns aufgezwungen sind, wollen wir sachlich führen. Aber wenn man Drohungen gegen uns ausstößt, so wird unsere Absicht dadurch nicht erleichtert. Und schließlich wird es nicht, wie Herr Heß sagt, die sozialdemokratische Kampfesart sein, die jeden großgedachten demokratischen Staatsgedanken für die

# Sex appeal?



Salome — Dtsch. Staatspartei tanzt vor Herodes — Dtsch. Volkspartei den Tanz der sieben Schleier. Herodes kann sich jedoch nicht entschließen, ihr das Haupt des Jochanaan — Scholz zu opfern

# Auch eine Antwort an Kaas.

Aus den Reihen des Zentrums.

Das Zentrum möchte durch Drohungen die Sozialdemokratie verhindern, in diesem Wahlkampf die Wahrheit über die Brüning-Politik zu sagen. Inzwischen aber klingt sie ihm schon aus den eigenen Arbeiterreihen sehr deutlich in die Ohren. Da tagten am Sonntag zum Beispiel in Duisburg unter dem Vorsitz des Zentrumsabgeordneten Schlaack die Vertreter der christlichen Konsumvereine. Diese — sämtlich Zentrumsanhänger — nahmen eine Protestentscheidung gegen die von Brüning und Stegerwald geführte Reichsregierung an, in der es heißt, daß es unverständlich sei, die Konsumgenossenschaften, deren historische und soziale Aufgabe die Preisregulierung ist, durch Sonder- und Umsatzsteuern zu belasten. „Der Genossenschaftstag 1930 fordert mit allem Ernst die Reichsregierung und den kommenden Reichstag auf, dieses Unrecht der Sonder-Umsatzsteuer umgehend zu

beseitigen. Unser Reichsverband und seine Genossenschaften werden im Interesse der angeschlossenen Familien nicht ruhen und rasten, bis dieser unserer gerechten Forderung entsprochen worden ist.“

Die Regierung Brüning-Stegerwald und sämtliche Zentrumsabgeordnete haben dieses Unrecht der Sonder-Umsatzsteuer beschloffen! Nur Herr Schlaack machte eine Ausnahme, nachdem er vorher noch dem Reichstag und damit der Öffentlichkeit versichert hatte, daß diese Regierung die reaktionärste seit der Revolution sei!

Wir empfehlen den Herren Kaas, Brüning und Heß, ihren Parteifreunden von den christlichen Konsumvereinen zu untersagen, daß sie fernerhin die Wahrheit über die Regierungspolitik des Zentrums-Brüning aussprechen!

Gegenwart zerschlägt und für die Zukunft in Frage stellt“, sondern die Demokratie wird bedroht von denen, die bemüht die Sozialdemokratie ausschalten wollen und im Reich und in Preußen den Anschluß an die Rechte suchen.

## Die Erklärung von Heß.

Der erweiterte Parteivorstand des Zentrums hielt am Dienstag eine Tagung in Berlin ab. Der erste Vorsitzende, Prälat Kaas, hielt eine programmatische Wahlrede, die die Politik des Kabinetts Brüning verteidigte und zugleich heftige Angriffe gegen die Sozialdemokratie, enthielt. Er kritisierte, daß Ministerpräsident Braun und der Führer der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Heilmann, im Reichstag gegen das Kabinett Brüning gestimmt haben.

Nach der Rede des Parteiführers Kaas nahm Abg. Heß, der Vorsitzende der preußischen Zentrumsfraktion, das Wort zu folgender Erklärung:

„Die Ausführungen des Herrn Parteivorsitzenden im allgemeinen, besonders aber seine Ausführungen über die intimen Wechselbeziehungen zwischen der Deutschen Zentrumsparlei einerseits und der Preußischen Zentrumsparlei und ihrer Landtagsfraktion andererseits decken sich vollständig mit meiner Auffassung.“

Wie ich das schon am 11. Mai d. J. auf dem Parteitag der Preußischen Zentrumsparlei getan habe, so möchte ich auch heute mit allem Ernst und allem Nachdruck darauf aufmerksam machen, daß es für die preußische Zentrumsfraktion einfach unerträglich ist, wenn der zum Teil ganz hemmungslose und vor allem innerlich vollkommen unmehrhaltige Kampf so weitergehen soll, wie er jetzt seitens der Sozialdemokratie gegen das Zentrum und den Reichskanzler Dr. Brüning geführt wird. Darüber habe ich übrigens beim Herrn preußischen Ministerpräsidenten häufig genug jeden Zweifel ausgeräumt. Wenn die Sozialdemokratie nicht endlich zu einer grundsätzlichen Aenderung ihrer Kampfesart nicht nur, sondern auch ihrer ganzen politischen Arbeitsmethode zu kommen vermag, wird es aber auch nur sich selbst zur Unmöglichkeit. Dann hat sie es aber auch nur sich selbst zuzuschreiben, wenn jeder großgedachte demokratische Staatsgedanke für die Gegenwart zerschlagen und für die Zukunft in Frage gestellt wird.“

Die Sitzung des Parteivorstandes des Zentrums fand schon in den frühen Nachmittagsstunden ihren Abschluß. Im Anschluß daran fand eine vertrauliche Sitzung des engeren Parteivorstandes statt.

Nach Kaas und Heß hielt Reichskanzler Brüning eine ausgesprochene Wahlrede gegen die Sozialdemokratie, die die Schuld an der gegenwärtigen Situation auf die Sozialdemokratie abzuwälzen versuchte — mit jenen bekannten Vertretungen der Tatsachen, deren sich die Regierung bereits in ihren ersten, von Unwahrheiten strotzenden Wahlausruß bedient hat!

## Der Fall Isolde Reiter.

Neghandlungen zugegeben — aber wie!

Belgrad, 29. Juli.

Die jugoslawisch-offizielle Agentur Anala erklärt, daß sie im Hinblick auf tendenziöse (!) Meldungen einiger ausländischer Blätter über die Vorgänge bei der Verhaftung von Frau Isolde Reiter in Groß-Belgrad zu folgender Mitteilung ermächtigt sei: „Die auf Anordnung des Ministerpräsidenten angestellte Unter-

suchung hat ergeben, daß die Organe der städtischen Polizei einige Verstöße (!!) begangen haben. Die dafür verantwortlichen Beamten werden entlassen werden.“

Diese im Auftrage der jugoslawischen Regierung erlassene Erklärung ist eine Dreistigkeit. Die angeblich „tendenziösen“ Meldungen waren nichts anderes als eine detaillierte Schilderung durch die deutsche Schriftstellerin Isolde Reiter von der mittelalterlichen Folter, der sie durch die jugoslawischen Behörden ausgelegt worden war, um sie zu „Bekanntnissen“ über hochverräterische Umtriebe der deutschen Widerheit in Jugoslawien zu zwingen. Der Bericht der Neghandlungen war so genau, daß gar kein Zweifel an seiner Richtigkeit besteht. Der Reichsverband der Deutschen Presse hat in einer Eingabe an den Ministerpräsidenten Zikowitsch gegen diese barbarischen Neghandlungen einer obendrein unschuldigen Schriftstellerin Protest erhoben.

Jetzt gibt die Belgrader Diktatur-Regierung „einige Verstöße“ zu, versucht aber den Eindruck zu erwecken, als handle es sich um aufgebaute Bagatelien. Wünscht sie etwa, daß die Angelegenheit vor den Völkerbund gebracht werde, damit die zivilisierte Welt erfahre, auf welcher Kulturstufe jugoslawische Behörden stehen?

## Deutsch-polnisches Abkommen.

Zur Vermeidung weiterer Grenzzwischenfälle.

WTB. meldet: Die bedauerlichen letzten Zwischenfälle an der deutsch-polnischen Grenze, von denen einige sogar Verluste von Menschenleben zur Folge hatten, haben zu einer Vereinbarung zwischen der deutschen und der polnischen Regierung über eine gemeinsame abschließende Prüfung des Tatbestandes durch je einen Delegierten der beiden Außenministerien geführt. Bei den Verhandlungen der Delegierten ist der gesamte Sachverhalt eingehend erörtert worden. Ein Teil bisher strittiger Punkte konnte dabei geklärt werden. Eine volle Uebereinstimmung über alle Einzelheiten ist aber nicht erzielt worden. In Verfolg dieser Prüfung und im Interesse der nachbarlichen Beziehungen haben sich die beiden Regierungen nunmehr über folgende Punkte geeinigt: soweit auf der einen oder anderen Seite Strafverfahren eingeleitet sind, werden die beiden Regierungen sich gegenseitig das für die Aufklärung der Fälle sachdienliche Material, insbesondere Zeugenaussagen, mitteilen und den zuständigen Behörden zur Berücksichtigung bei diesen Verfahren übermitteln. Dies gilt insbesondere für den Zwischenfall von Profften, zu dem die polnische Regierung neues Material zur Verfügung gestellt hat. Die sich im Laufe der verschiedenen Verfahren ergebenden tatsächlichen Feststellungen werden die Regierungen einander zur Kenntnis bringen. Außerdem haben sie

Mahnahmen getroffen, um einer Wiederholung solcher Zwischenfälle vorzubeugen.

Insondere ist den beiderseitigen Grenzbeamten die Ueberschreitung der Grenze ohne besonderen Dienstauftrag und ohne vorheriges Einvernehmen mit den Grenzbehörden des anderen Teiles grundsätzlich verboten worden; auch sind sie angewiesen worden, bei Beobachtung der Vorschriften über den Grenzverkehr jede unnötige Härte gegenüber der zivilen Bevölkerung zu vermeiden.



# Wahlkampf / Gewerkschaftskampf.

## Gewerkschafter wählen nur Sozialdemokraten.

Vom Bezirkssekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für Berlin, Brandenburg und die Grenzmark wird mitgeteilt:

Das Bezirkssekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für Berlin-Brandenburg-Grenzmark Posen-Westpreußen hatte zu Montag eine Gauleiterkonferenz nach Berlin einberufen.

Genosse Hermann Müller vom Bundesvorstand des ADGB referierte über „Die Gewerkschaften und die Reichstagswahlen“. Er wies besonders auf die sozialpolitische Bedeutung gerade dieser Wahl hin.

Nachdem die sozialdemokratischen Minister in mühevoller Arbeit durch Annahme des Young-Plans die Rheinlandbesetzung erreicht und so die außenpolitische Lage bereinigt hatten, rüstete das Bürgerturn zu einem Angriff auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Abbau der Leistungen in allen Teilen der Sozialversicherung sollte mit neuen Massenbelastungen zugleich durchgeführt werden.

Die Gewerkschaften und die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei konnten Zugeständnisse in dieser Richtung nicht machen, und so löste schließlich die Regierung den Reichstag, nach-

dem sie versuchte, ihre Gesetze auf dem Verordnungswege durchzubringen, auf.

Von dem Ergebnis des Wahlkampfes hängt vor allem die Gestaltung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft ab und darum ist es selbstverständlich, daß die Gewerkschaften zu aktiver Teilnahme am Wahlkampf aufrufen.

### Für den Gewerkschafter kommt nur die Wahl der sozialdemokratischen Liste in Frage.

da keine andere Partei die Interessen der freien Gewerkschaften im verflochtenen Reichstag vertreten hat.

Bezirkssekretär Vollmerhaus forderte alle Gewerkschafter auf, sich für die Wochen des Wahlkampfes zur Verfügung zu stellen.

Genosse Krüger berichtete über technische Einzelheiten des kommenden Wahlkampfes. Die Konferenz zeigte eine einmütige Haltung zu der Auffassung, daß dieser Reichstagswahlkampf auch ein Gewerkschaftskampf ist und demzufolge alle, die es mit der Gewerkschaftsbewegung ernst meinen, sich persönlich und materiell in den Dienst für die Erreichung eines günstigen Wahlergebnisses, d. h. die Stärkung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stellen müssen.

# Paroleschuster Borsig.

## Auch er will die Gehälter kürzen.

Unter der Führung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gehen jetzt die Unternehmer daran, mit ihrer Angestelltenpolitik, die sie jahrzehntlang betrieben haben, radikal zu brechen. Durch allerlei Kniffe hat man die Angestellten einzureden versucht, daß sie etwas „Besseres“ seien als die „gewöhnlichen Arbeiter“. Viele Angestellten sind auch darauf hereingefallen.

Die Unternehmer haben jetzt die Parole ausgegeben, die Arbeitslastung dadurch zu heben, daß die Löhne gesenkt und also die Kaufkraft der Arbeiter noch weiter beschränkt wird. Diese verrückte Idee soll nun auch schematisch auf die Angestellten angewandt werden. Auch den Angestellten sollen unter dem Vorwand einer gleichzeitigen Arbeitszeitverkürzung die Gehälter gekürzt werden.

Herr von Borsig, der bekanntlich nicht nur Vorsitzender des Verbandes Berliner Metallindustrieller ist, der diese Methode der Gehaltskürzung durchzuführen möchte, sondern auch gleichzeitig Vorsitzender der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, fühlt sich verpflichtet, auch in seinem eigenen Betrieb die Parole durchzuführen, die er ausgegeben hat. In einer vom Angestelltenrat der Borsigwerke zu gestern abend einberufenen Versammlung teilte ein Vertreter des Herrn Borsig mit, daß infolge schlechten Geschäftsganges etwa 80 bis 200 Angestellte verkürzt arbeiten müßten und dementsprechend eine Gehaltskürzung von 14 Proz. vorgenommen würde. Es sei auch möglich, daß Entlassungen stattfinden würden. Da eine Vereinbarung mit dem Angestelltenrat aussichtslos sei, würde die Firma mit den einzelnen Angestellten Sonderverträge abschließen. Diese Sonderverträge hielt der Vertreter des Vorsitzenden der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nicht für tarifarichtig.

Gegen eine derartige Auslegung des Tarifrechts auch nur ein Wort zu verlieren, erübrigt sich wohl. Bemerkenswert ist an diesen Ankündigungen, daß die Arbeitszeitverkürzung, die angeblich wegen schlechten Geschäftsganges notwendig sein soll, nur eine kleine

Minderheit der Angestellten betrifft, über deren Umfang sich Herr von Borsig und seine Direktoren offenbar selbst noch nicht klar sind, und daß man in diesem Zusammenhang offenbar die Möglichkeit der Entlassung als PreSSIONSMITTEL benutzt, um die Angestellten mürbe zu machen.

Es ist ein großer Unfug, wenn behauptet wird, daß bei schlechtem Geschäftsgang die Arbeit der Angestellten ohne weiteres auch an Umfang zurückgeht. In vielen Fällen bedeutet schlechter Geschäftsgang für die Angestellten Arbeitshäufung. Wenn Herr von Borsig einer kleinen Minderzahl seiner Angestellten jetzt Arbeitszeitverkürzung und damit eine Gehaltskürzung von nicht weniger als 14 Proz. aufzuzwingen versucht, dann trägt er sich wahrscheinlich mit der Absicht, in der verkürzten Arbeitszeit eine Mehrleistung herauszupressen oder anderen Angestellten die Ausübung der Arbeiten zu übertragen.

Daß ganz besonders bei Angestellten eine derartige Ausquetschung der Arbeitskraft auf die Dauer sich sehr ungünstig in der Qualität der Arbeitsleistung auswirken muß, liegt auf der Hand. Wenn man außerdem berücksichtigt, daß seit Jahren Überstunden gemacht wurden, die vielfach nicht bezahlt wurden, dann geht auch daraus hervor, wie wenig berechtigt die schematische Übertragung der Lohnabbauparole auf die Angestellten ist.

Es ist aber wohl auch kein Zufall, daß während im Betrieb des Herrn von Borsig den Angestellten Kargemacht wird, daß sie Protesten sind, aus Wittenberg, Rürnberg, Götting, Hannover, Kahlia Meldungen kommen, daß dort gleichfalls die Lohnabbauparole des Herrn von Borsig auf die Angestellten angewandt werden soll.

Die stark belächelte Verarmung der Angestellten des Herrn von Borsig, in der alle Richtungen vertreten waren, war einmütig in dem Entschluß, gegen den Gehaltsabbau Widerstand zu leisten. Die Ankündigungen des Herrn von Borsig beweisen am besten, daß eine Arbeitszeitverkürzung und damit eine Gehaltskürzung schon rein materiell gar nicht berechtigt ist.

## Berlin und die Arbeitslosen.

### Berliner Arbeitslose sind zu berücksichtigen.

Das Städtische Nachrichtenamt teilt mit:

Dem Baukommissar der Stadt Berlin ist durch Deputationen von Arbeitslosen wiederholt die Mitteilung zugegangen, daß in dem Berliner Arbeitsgebiet trotz der außerordentlichen Arbeitslosigkeit, die auch im Baugewerbe herrscht, immer noch auswärtige Bauarbeiter beschäftigt werden. Da es für städtische Baustellen selbstverständlich ist, daß alle Unternehmer, die von der Stadt oder von städtischen Gesellschaften Aufträge erhalten, in erster Linie Berliner Arbeiter zu beschäftigen haben und diese Bedingung auch in den Werkverträgen vorgeesehen ist, bedarf es wohl keines besonderen Hinweises, daß diese Richtlinien auch eingehalten werden. Der Magistrat der Stadt Berlin hat durch ein Rundschreiben an die Bezirksämter und an die städtischen Gesellschaften aber noch einmal auf diese Bedingung hingewiesen und alle Dienststellen ersucht, sie strengstens einzuhalten. Die Notlage verlangt auch, daß für das Gebiet des Baugewerbes Arbeitskräfte durch den Arbeitsnachweis in der Großmanstraße angefordert werden, um eine Heranziehung der seit längerer Zeit arbeitslosen Bauarbeiter zu ermöglichen.

## In der Schwerindustrie wird verhandelt.

### Aussicht auf Verständigung?

Bohum, 29. Juli. (Eigenbericht.)

In Essen wurden am Dienstag die Verhandlungen über Arbeitszeit und Lohn im Gebiete Nordwest weitergeführt. Zu Beginn der Verhandlungen teilten die Unternehmer mit, daß sie auf die geplante Kündigung des Lohn-tarifs verzichten wollten. Der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, das Vorstandsmitglied Reichel-Stuttgart, begründete die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage sowie mit den Auswirkungen der Rationalisierung und der durch sie bedingten Arbeitslosigkeit. Aus diesem Grunde müsse der DMV seine alte Forderung auf die allgemeine Einführung des Achtstundentages ausreicht erhalten. Daraufhin unterbreiteten die Unternehmer einen Vorschlag für die Neuregelung der Arbeitszeit, der kleine Verbesserungen vorsieht. Die Vertreter der Gewerkschaften erklärten, daß sie diesen Vorschlag ihren Verhandlungskommissionen unterbreiten würden, von deren Stellungnahme die Entscheidung abhängig sei. Damit waren die Verhandlungen zunächst abgeschlossen.

Am Dienstagabend nahm die Funktionärskonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes zum Vorschlag der Unternehmer Stellung, sie vertagte jedoch die Entscheidung auf Mittwoch. Auch die übrigen Gewerkschaften treten morgen zusammen.

Der Vorschlag des Arbeitgeberverbandes Nordwest lautet: Die Parteien des Tarifvertrages vereinbaren:

1. Die Kündigung der Regelung für Lohn und Arbeitszeit vom 21. Dezember 1928 wird nicht ausgesprochen.
2. Die somit in Kraft bleibende Regelung der Arbeitszeit wird in folgenden Punkten verändert: Es verfahren an den sechs Wochentagen eine Arbeitszeit erstens von 48 Stunden die Reparaturarbeiter in den Gas- und Gasföhrzentralen, in denen die Hauptposten bereits in die 48stündige Arbeitszeit überführt sind, die Schladennmeister der Hochöfenwerke auf den Halben, die Arbeiter der magnetischen Aufschneidungsanlagen und die Arbeiter der Tomasschlamm-mühlen; eine Arbeitszeit von 52 Stunden die Heizer aller Art, soweit der Produktionsgang in den anschließenden Betrieben dadurch nicht beeinträchtigt wird, die Arbeiter der Press- und Hammerwerke und die Arbeiter in den Federfabriken, die bisher 57 Stunden gearbeitet haben. 3. Für die von den vorstehenden Arbeitszeitverkürzungen betroffenen Arbeiter wird eine Neuregelung der Löhne wettlich vorgenommen. In Streitfällen entscheiden die Vertragsparteien.

## Auch Schuhfabrikanten für Lohnabbau.

### Umgekehrt wird ein Schuh daraus.

Auch in der Schuhindustrie möchten die Unternehmer einen Lohnabbau vornehmen, obwohl die Löhne der Schuhmacher erst vor nicht langer Zeit aufgebessert werden mußten, weil eine Erhöhung dringend notwendig war. So wurde auf der Jahresstagung des Reichsoberverbandes der deutschen Schuhindustrie bei Erörterung der Tariffrage darauf hingewiesen, daß der Großhandelsindex für Schuhwert von 1928 bis April 1930 um 16 Proz. zurückgegangen, der tarifliche Mindeststundenlohn für einen männlichen Arbeiter über 21 Jahre in Ortsklasse I dagegen um 9,2 Proz. gestiegen sei. Die Steigerung der Tariflöhne sei eingetreten, obwohl inzwischen der Lebenshaltungsindex um rund 3 Proz. zurückgegangen sei. Durch diesen Rückgang des Lebenshaltungsindex habe die Kaufkraft des Lohnes des Schuhfabrikarbeiters noch eine Erhöhung über die nominelle Lohnaufbesserung hinaus erfahren. Der starke Preisrückgang der Schuh-erzeugnisse berechtige somit zu der Forderung einer Lohnsenkung.

Ein höchst einfaches Rezept: Der Preis ist zurückgegangen, also muß der Lohn herunter! Daß bei der Preisbildung noch einige andere Faktoren als der Lohn mitspielen, schelen den Schuhfabrikanten gar nicht mehr geläufig zu sein. Wie steht es mit dem Häute- und Lederpreis? Um wieviel haben die Preise durch die Zinsverbilligung nachgegeben? Um wieviel vor allem durch die Rationalisierungsmaßnahmen, die gerade in der Schuhindustrie sehr scharf durchgeführt wurden? Wenn wir nicht irren, dann ist die Rationalisierung auch ein sehr starker

Zwang zur Intensivierung der Arbeit und damit zur Mehrleistung der Arbeiter. Bismarck, so darf man weiter fragen, hat nun eben diese Steigerung der Produktivität Anteil an der Verbilligung?

Und schließlich muß man wohl auch die Frage aufwerfen: wie lange haben denn die Schuharbeiter vorher warten müssen, bis endlich ihre Löhne — wenn auch ungenügend — aufgebessert wurden? Wie viel wurde in diesem Zeitraum auf Grund höherer Preise verdient, ohne daß die Arbeiter davon profitierten?

Eine Preisenkung bedeutet noch lange nicht unter allen Umständen ein Opfer für den Unternehmer! Wohl aber bedeutet eine Lohnsenkung ein solches Opfer für den Arbeiter. Daß von einer Stützung der Kaufkraft dieses Lohnes ernsthaft nicht gesprochen werden kann, sieht schon ein Vie, wenn er sich die Feuerungs-faktoren vergegenwärtigt, die in der jüngsten Zeit immer stärker und scharfer in Erscheinung getreten sind. Das Leben ist für den Arbeiter nicht billiger geworden. Der Versuch, trotzdem durch einseitigen Hinweis auf eine Preisenkung schematisch einen Lohnabbau fordern zu wollen, läuft vor allem in der Schuhindustrie auf einen glatten Betrug an den Arbeitern hinaus.

## Sabotage als Verzweiflungsakt.

### Im rumänischen Petroleumgebiet.

Auf Grund des Beschlusses der rumänischen Petroleumgesellschaften, die Produktion einzuschränken, wurden im Petroleumgebiet des Prahova-Tales Arbeiterentlassungen vorgenommen und weitere Kündigungen in Aussicht gestellt.

Wie Dimineaga meldet, versuchten entlassene Arbeiter sich durch Sabotageakte zu rächen. Sie öffneten in Risca die Leitungen eines Rohölreservoirs und steckten das ausfließende Öl in Brand.

Bei der ungläublichen Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums gegen die Arbeiterregimenten, die in Ländern ohne Arbeitslosenunterstützung durch Entlassungen um so schwerer betroffen werden, ist es kein Wunder, wenn gewerkschaftlich und disziplinierte Arbeiter auf derartige Verzweiflungsakte verfallen, die ihre Lage nur verschlimmern. Die Unternehmer rufen Gendarmen herbei, ohne sich in ihrer Art der Arbeiterbehandlung betren zu lassen.

## Brot für Arbeitslose.

Das tschechoslowakische Sozialministerium hat für Groß-Prag eine staatliche Speisungsaktion für Arbeitslose und Kurzarbeiter eingeleitet. Gegen Anweisungen zu fünf Kronen dürfen Nahrungsmittel, wie Mehl, Brot, Fett, Kartoffeln und Zucker ausgegeben werden. Jede Person, die sich um eine solche Anweisung bewirbt, muß der sozialen Zentralstelle eine Bestätigung der Gewerkschaftsorganisation vorlegen, wonach sie von dieser keine Arbeitslosenunterstützung bezieht, und ebenso eine Bestätigung des Arbeitsamtes darüber, daß ihre Bemühungen um Beschäftigung ohne Erfolg waren.

## 25 Jahre Gewerkschaftsredakteur.

Der Redakteur des „Grundstein“, Genosse Arthur Schmitz, kann jetzt auf eine 25jährige Tätigkeit im Dienste der Gewerkschaftspressen zurückblicken. Bevor er im Jahre 1903 als Redakteur des „Töpfer“, des Organs seiner damaligen Berufsorganisation, gewählt wurde, mußte sich Schmitz im Töpferverband erst seine Sporen verdienen. Schon im Jahre 1895 fungierte er als Vorsitzender der Agitationskommission der Töpfer der Provinz Brandenburg, von 1898 bis 1901 als Vorsitzender der Zentralstelle Berlin. Er wurde dann als zweiter Zentralvorsitzender gewählt und als vier Jahre später die Redaktion des Verbandsorgans nicht mehr nebenbei versehen werden konnte, wurde Arthur Schmitz Redakteur. Dieser Tätigkeit ist er treu geblieben. Bei der Schaffung des Deutschen Bauergewerksbundes, in den der Töpferverband einging, wurde Schmitz Redakteur des „Grundstein“, einer unserer größten Gewerkschaftszeitungen, mit über einer halben Million Auflage. Rügen sich den vielen Jahren seiner Tätigkeit in diesem Wirkungsbereich noch recht viele anschließen.

Die Zulassung Danzigs zum Internationalen Arbeitsamt beschäftigt in den ersten Tagen des August den Haager Ständigen internationalen Gerichtshof. Bei den Verhandlungen wird das Internationale Arbeitsamt durch seinen Direktor Albert Thomas vertreten werden.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Wegungsfest der Weiblicher Kollegen im Gewerkschaftshaus, Engelw. 24-25, Saal 1, 30 Uhr. Feiert eure Verbundenheit mit den Kollegen durch zahlreiches Erscheinen. — Jeden Mittwoch spielen bei Gruppen: Landwehrweg Platz und Hauptstr. 100 im Friedrichshagen, Platz 4; Schildberg und Neu-Blindenberg Platz im Treptower Park, Miets. 1, um 18 Uhr. — Kocherei: Wir feiern auf dem Sportplatz im Hundsbühl, Miets. 1, um 18 Uhr. — Gruppen: Baumgartenweg; Jugendheim, Engelw. 16, Eberhardstr. — Schilke: Saale; Jugendheim, Landwehr Str. 24-25, Winterabend. — Die Gruppen des Bildkreises treffen sich zum Kreisfestabend um 18 Uhr im Treptower Park, Miets. 1.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Freie, Mittwoch, finden folgende Besprechungen statt: Gesundheitswesen: Jugendheim, Dönh. 10, part. 1, Ratsspolistik und Arbeiterbewegung. Referent: Heilbrunn. — Christenarbeit: Jugendheim, Köpenicker Str. 4, Waffelstraßen-Abend. — Schindler: Verbands: Jugendheim der Schule, Kottbuscher Str. 11. — Berliner Damer: Referent: Hall. — Oberlehrer: Jugendheim der Schule, Berliner Str. 11. — Karobst: Jugendheim, Panziger Str. 62 (Baracke). — Die Ent-wicklung der Jugendbewegung. Referent: Schäfer. — Oratorien: Jugendheim der Schule, Köpenicker Str. 11. — Malt: Weiblicher und sein Werk. Referent: Dewinski. — Neuland: Jugendheim, Köpenicker Str. 1-4, Ecke Rannert Straße, April-Stuben Siegfried-Politik. — Güter: Jugendheim, Wronkestr. 128, Rellinstraße aus Deutschland. — Spandau: Jugendheim, Lindenburger Str. 1, Eberhardstr. Treffpunkt am Park. — Potsdam-Ravenna: Jugendverbände in Rom, am Treptower Platz, Kottbuscher Str. 11. — Spiel und Sport ab 19 Uhr am dem Sportplatz Friedrichshagen.

Verantwortlich: Dr. Politik: Dr. Curt Geurt; Wirtschaft: G. Altmann; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Spora; Familien: R. B. Böhler; Volkes- und Soldaten: Fris. Kahlert; Anzeigen: Th. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlags: Formis-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formis-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G.M. 68, Lindenstraße 1. Stern 2 Beilagen.

**STAATL. FACHINGEN**

Heilwirkend!

Fachinger Versandstelle, Berlin SW II  
Schloßberger Str. 16a. Tel. Lützow 8360-61



Widersprüche im Röntgentaler Prozeß. Stundenlange Befragung der Reichsbannerzeugen.

Der Röntgentaler Prozeß gestaltete sich äußerst langwierig. Die ständigen Widersprüche zwischen den gerichtlichen Aussagen der einzelnen Zeugen wie zwischen diesen und ihren Befundungen in der Voruntersuchung machen es notwendig, daß den Zeugen die polizeilichen und Untersuchungsprotokolle vorgehalten werden.

Man bewundert geradezu die Geduld des Landgerichtsdirektors Ohnesorge, mit der er stets in der gleichen ruhigen, oft väterlichen Weise den jungen Leuten ins Gewissen redet, nur ja die Wahrheit zu sagen, sich in Ruhe die Antworten zu überlegen. Er hat auch Verständnis für diese Widersprüche und mißt ihnen nicht übertriebene Bedeutung bei; er weiß, daß sie sich aus der erregten Situation des 5. März und der Auslagepsychologie im allgemeinen ergeben.

Auders die Verteidiger. Sie, die nicht genug Rücksicht mit den Angeklagten und den Nazizeugen haben konnten und dem Staatsanwalt, der deren Unwahrhaftigkeiten festnagelte, immer wieder über den Mund führten, hatten in einer Weise auf die Zeugen ein, daß selbst der Vorsitzende sie gestern ermahnen mußte, nur Fragen zu stellen, die Sinn und Zweck haben, und der Nebenkläger Joachim sich veranlaßt sah, zu erklären,

die Fragen des Verteidigers Hildebrandt hätten nur den einen Zweck, den Zeugen zu verwirren.

Die Verteidigung gibt sich Mühe, glauben zu machen, daß die Reichsbannerzeugen ihre Aussagen untereinander verabredet hätten. Nichts irriger als das. Ein einfacher Vergleich zwischen der Art ihrer Aussagen und derjenigen der Nationalsozialisten genügt, um das zu erkennen. Die Nationalsozialisten haben vor Polizei und Untersuchungsrichter, ohne in der Lage gewesen zu sein, miteinander eine Berührung zu treffen, sich selbst und gegenseitig be-

loftet. In der Gerichtsverhandlung haben sie aber fast sämtliche belastenden Aussagen zurückgenommen und eine übereinstimmende Darstellung von den Ereignissen gegeben. Sie hatten eben Zeit genug gehabt, sich über ihre Aussagen zu verständigen. Die Reichsbannerleute haben in der Voruntersuchung verschiedentlich einander widersprechende Aussagen gemacht, die trotzdem in der Gesamtheit ein lückenloses Bild von den Ereignissen des 5. März gegeben haben. Gewisse Widersprüche erklären sich durch die Verschiedenheit der Merkfähigkeit und der Fähigkeit, Erlebtes wiederzugeben. Auch in ihren jetzigen Aussagen bestehen gewisse Widersprüche. Gerade das ist aber ein

Beweis dafür, daß sie im Gegensatz zu den Nationalsozialisten auch für die Gerichtsverhandlung keine Berührung getroffen

haben. Seit dem 5. März ist noch mehr Zeit vergangen, die Eindrücke sind noch mehr verblaßt, die Auslagefehler sind noch größer als früher. Das Gesamtbild ist aber kein anderes als in der Voruntersuchung; es wird bestätigt durch die Aussagen der Angeklagten selbst vor Polizei und Untersuchungsrichter. Das ist das stärkste Argument für die Wahrscheinlichkeit der Reichsbannerleute.

Die angeblichen und wirklichen Widersprüche zwischen den Aussagen der Reichsbannerzeugen waren es, die gestern immer wieder zu scharfen Auseinandersetzungen führten. In zweieinhalb Stunden wurden die Zeugen Schutz und Rieths vernommen. Der Zeuge Rieths war es, der beim ersten Zwischenfall vor dem Reichsgericht dem Angeklagten Köppner, seinem früheren Schulkameraden, der eine Waffe aus der rechten Brusttasche zog, gelang haben will: „Heinz, steck das weg, mach' keinen Unfijn.“

Am Donnerstag soll bis 19 Uhr durchgehört werden.

Vagen, daß Jaquet sich ihm persönlich vorstelle, damit er selbst alles Notwendige mit ihm besprechen könne. Als der Besuch jedoch ausblieb, verließ Herbert T. die elterliche Wohnung, angeblich um Jaquet zu holen. Von diesem Ausgang kehrte er nicht mehr zurück. Die besorgten Eltern erstatteten darauf bei der Vermittlungszentrale des Polizeipräsidentiums Anzeige. Die ganze Angelegenheit scheint sich jetzt als harmlos aufzuklären, denn am Dienstagabend wurden die besorgten Eltern benachrichtigt, daß sich ihr Kind in der Eifenacher Straße aufhalte.

Der angebliche Flieger hat den leichtgläubigen Jungen einfach sitzen lassen und sich aus dem Staube gemacht.

Ausschreitungen der Radikalen. Erfolgreicher Überfall auf Reichsbannerkameraden.

In verschiedenen Stellen der Stadt ist es am Dienstagabend zu schweren politischen Zwischenfällen gekommen.

In der Bismarckstraße in Charlottenburg wurden 14 Reichsbannerleute, die zum Teil Uniformen trugen, von etwa 30 Hakenkreuzlern, die besonders in dieser Gegend seit Tagen den wüsten Straßenterror ausüben, angefallen. Glücklicherweise war sofort Polizei zur Stelle, so daß eine Schlägerei noch rechtzeitig verhindert werden konnte. Es gelang den Kombies indessen, sich der Festnahme durch die Flucht zu entziehen.

In der Finkenstraße in Neukölln wurde ein Nationalsozialist von 20 Mitgliedern der Antifaschistischen Garde überfallen und niedergeschlagen. Dasselbe Schicksal ereilte einen jungen Parteigenossen, der zur Sozialistischen Arbeiter-Jugend gehört. Die Angreifer brachten dem Wehrlosen erhebliche Kopferletzungen bei und raubten ihm das Parteiabzeichen. Die Reute flüchtete beim Eintreffen der Polizei und entkam.

Eine schwere Schlägerei wurde in der Anobelsdorf- und Nehringstraße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ausgetragen. Die Polizei machte dem Straßenkampf ein Ende und nahm mehrere Nationalsozialisten fest. Sie wurden der Politischen Polizei übergeben.

Schlägerei zwischen Nazis und Kommunisten.

Von einem Augenzeugen erhalten wir folgenden Bericht:

Am Dienstag in der achten Abendstunde kam es in Charlottenburg am Königsberg, am Harstweg und in der Dandelmannstraße zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Nationalsozialisten führen in einem Privatwagen herum und schieden von dort aus Leute mit Wahlzetteln in die Häuser. Eine Radfahrertruppe, die anscheinend aus Kommunistenanhängern bestand, verjagte die Nationalsozialisten daran zu verhindern. Es kam schließlich zu einer schweren Schlägerei, wobei die Kommunisten einen Nationalsozialisten aus dem Auto herausstießen und erheblich verletzten. Da die Nationalsozialisten verletzten, sich der Schlägerei durch die Flucht zu entziehen und die Kommunisten ihnen dauernd auf den Fersen waren, dehnte sich die Schlägerei auf die obengenannten Straßen aus, so daß die Polizei große Mühe hatte, die kämpfenden Parteien auseinander zu bringen. Obgleich die Beamten genötigt waren, häufig mit dem Gummiknüppel die Straßen zu säubern, bildeten sich immer wieder neue Zusammenrottungen und Schlägereien hinter dem Rücken der Polizei, so daß es erst nach dreiviertel Stunden gelang, die Ruhe wieder herzustellen. Die Polizei konnte auch einige Verhaftungen der Hauptbeteiligten (etwa 5 bis 6 Personen) vornehmen, die dem Revier des zuständigen Polizeipräsidentiums Charlottenburg zugeführt wurden.

Im Ehrenauschuß des deutschen Stenographentages Berlin 1930 finden wir u. a. auch Kultusminister Dr. Grimm, Landtagspräsident Barfels und Peter Graßmann, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin.

Unschuldig in Untersuchungshaft. Wegen dreißig Mark, die längst gezahlt waren.

Der Unternehmer D. aus Berlin befand sich über einen Monat in Untersuchungshaft, die das Amtsgericht Köpenick über ihn verhängt hatte. Der Mann hatte vollständig unschuldig sitzen müssen, denn die Verhandlung, die jetzt gegen ihn vor dem Amtsgericht Köpenick wegen eines angeblichen Betruges stattfand, endete nicht nur mit der Freisprechung des Angeklagten auf Kosten der Staatskasse, sondern auch die ihm durch das Strafverfahren entstandenen Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. Außerdem hatte D. dem Gericht mitgeteilt, daß er einen Anspruch auf Entschädigung für die erlittene Untersuchungshaft stelle.

Und der angebliche „Betrug“, der dem Mann zur Last gelegt wurde? D. hatte an eine Firma einen Verkaufsstand in einem Lokal verpachtet, denn es sollte in dem Lokal eine sogenannte Festwoche veranstaltet werden. Daraus wurde aber nichts, weil das schlechte Wetter einen Stich durch die Rechnung machte. Der Unternehmer hatte für die Verpachtung dieses Standes eine Anzahlung von 30 M. erhalten, die er aber nicht gleich zurückzahlte. D. hatte sich wegen dringender auswärtiger Geschäfte gar nicht in Berlin aufgehalten. Als er wieder zurückgekehrt war und man ihn sogleich drohte, die Angelegenheit dem Gericht übergeben zu wollen, zahlte D. das Geld sofort zurück, so daß nicht der geringste Schaden entstanden war. Seine Schuld war es ja nicht, daß die Festwoche nicht zustande kam. Das schlechte Wetter hatte dies vereitelt. Es fand sich trotzdem ein Gericht, jenes Amtsgericht Berlin-Köpenick, das das Betrugsverfahren in

Gang brachte und D., der seiner vielen auswärtigen Geschäfte wegen selten in Berlin angetroffen war, sogar — da er angeblich nicht auffindbar war — einen ganzen langen Monat in Untersuchungshaft steckte! Und das alles um einen Betrag von 30 M., der längst zurückgezahlt worden war!

Durch nichts kann das Vertrauen des Volkes zu seiner Rechtspflege so sehr erschüttert werden, als durch einen solchen für die Justiz peinlichen Fall. Ganz abgesehen davon, daß sich das Ministerium die Herren vom Amtsgericht Köpenick einmal kaufen sollte, scheint uns eine ausreichende Entschädigung des Mannes, dem die Justiz schweres Unrecht getan hat, durchaus geboten.

Opfer der Leichtgläubigkeit. Gerüchte um einen Caféhaus-Pagen.

Das plötzliche Verschwinden des 15jährigen Pagen Herbert Trunk aus der Elisabethstraße gab zu dem Gerücht Anlaß, daß der junge Mensch verschleppt worden sei.

Herbert T. war im Admirals-Café in der Friedrichstraße als Page angestellt. Dort machte er eines Tages die Bekanntschaft eines angeblichen Fliegers Jaquet, der Vertreter einer französischen Flugzeugfirma sein wollte. Nach den inzwischen angestellten Ermittlungen scheint es sich jedoch um einen gewerbmäßigen Betrüger zu handeln. Trunk erzählte zu Hause von der Bekanntschaft und daß ihn Jaquet auf Reisen mitnehmen wolle. Ehe er seine Einwilligung gab, verlangte der Vater des

Una fühlte allmählich ein weitherziges Mitleid für alle Vermieterinnen. Sie waren so geduldig angesichts ihres nicht zu verkennenden Mißgeschicks. Sogar ihr Mißtrauen war nur das Knurren eines geprügelten Hundes. Sie seufzten und schlossen die Tür hinter ihr, ohne sich sehr zu bemühen, sie zum Bleiben aufzufordern.

Unas Verzagtheit wurde noch durch das Ermüdende dieser Wohnungsjude vermehrt. Weder an diesem Nachmittage noch früher als zwei Wochen nach dem ersten Versuch, fand sie ein Zimmer in einer großen, langgestreckten Wohnung in Lexington Avenue, die einem jungen Buchhalter mit lockigem Haar und seiner hübschen Frau gehörte; diese Leute waren gegen ihre Mieter stets freundlich und gefällig, versorgten sie mit unbedingt zuverlässigem und reichhaltigem Programmmaterial der benachbarten Kinos und mit Mahlzeiten, die weder unbedingt zuverlässig, noch reichhaltig waren.

Es war nun Zeit für Una, den letzten gegenständlichen Kontrakt mit ihrer Mutter zu lösen; sie mußte die Möbel verkaufen, die sie seit je gekannt hatte, nach von ihrer Kindheit in Panama her, da sie von diesem Koffhaarsessel den langen und gefährlichen Weg hin über diesen braunen Teppich zu jenem Divan aus rotem Plüsch getreten war.

Als Una endlich in der Wohnung fremder Leute untergebracht war, überkam sie eine gewisse Scheu. Sie sah da und wunderte sich, daß dieses vieredige weiße Zimmer nun an ständig das ihre sein sollte, daß sie nicht eben nur für ein oder zwei Stunden hierhergekommen sei. Es gelang ihr nicht, es so wie anfangs zu sehen. Der Korridor war nun tatsächlich ein Stück ihres Lebens geworden — sie würde jeden Morgen, wenn sie aus ihrem Zimmer käme, an diesem Bild, das eigentlich der Umschlag einer Zeitschrift war, vorbeigehen.

Ihre Unruhe wurde noch durch die Aufgabe vermehrt, ihre mädchenhafte Sittsamkeit zu bewahren, die einer Goldenen zum, in dieser kleinen Wohnung, in der auch Herren wohnten, und die nur ein einziges Badezimmer hatte. Es blieb ihr nichts anderes übrig, als einfach zu warten, bis sie an die Reihe kam, um ins Badezimmer zu gehen, und ohne es zu wissen, wurde sie von der Selbstverständlichkeit und Anständigkeit angenehm überrascht, mit der diese stumpfen, einfachen Menschen die schwierigen Fragen einer erzwingenden Intimität lösten. Wenn sie, den jungfräulichen

Bademantel krampfhaft um sich geschlungen, im Vorzimmer einem der Männer begegnete, so schritt der ruhig und unbedürftig vorbei, ohne einer jener sichernden Entschuldigungen, wie sie der selbstbewußt strahlende Herr Sessions von seiner Gattin, die viel auf sein Benehmen hielt, gelernt hatte.

Anfangs konnte sie ihre Wohnungsgenossen nicht genau unterscheiden. Doch allmählich wurden sie einzelne, bestimmte und wichtige Lebewesen. Es gab unzählige Ueberwachungen für Una. Sie hätte nie geglaubt, daß ein Buchhalter in einer Fischgroßhandlung irgendwelchen Charme besitzen könnte. Insbesondere, wenn er diese amorphe Beschäftigung mit der Eigenschaft eines Pensionsbesitzers verband. Und doch war ihr Hauswirt, Herbert Gray, mit dem Aussehen eines Athleten, der eingestandenen Ungebildetheit und der naiven Begeisterung für alles, was ihm im Kino heroisch, groß und farbig vorkam, ebenso anziehend wie die verschiedenen jungen Burken ihrer Heimatstadt, die sich in ganz Princeton und Pennsylvania herumgetrieben hatten, um schließlich heimzukehren und entweder eine juristische oder medizinische Praxis zu beginnen oder mit der Behörde eines großen Herrn das Geschäft des Vaters zu übernehmen. Und Frau Gray, rundlich, hübsch, immer zum Lachen bereit, trug ihre Kleider mit einer natürlichen Grazie, die ihre billigen Blusen immer schön erscheinen ließ, und war in allem so völlig die Gefährtin ihres Gatten, daß diese beiden uns Dasein kämpfenden Riemende allen Reichtum der Erde besaßen.

Die Grays nahmen Una auf, als wäre sie ein Gast, aber sie hörten sie nicht. Sie waren Großstadtmenschen und hatten gelernt, daß jeder sein Leben leben mußte.

Die Grays hatten, um Zimmer vermieten zu können, eine Wohnung genommen, die für sie viel zu groß war. Außer Una waren noch drei Mieter da, deren Zimmer wie Mönchsellen auf einen lahlen Korridor mündeten.

Einer, der gleich hunderttausend anderen in der Großstadt Schiffbruch gelitten hatte, ein grauhaariger, sauber gekleideter Mann, der alles gewesen war und nichts geleistet hatte. Er las Dickens und war ein Meister im Schachspiel. Er wollte die Leute gern glauben machen, daß er eine talentreiche, geheimnisvolle, glänzende Vergangenheit hinter sich hätte. Im Grunde war er dankbar, wenn man ihn überhaupt beachtete. (Fortsetzung folgt.)

SINCLAIR LEWIS DER ERWERB ROMAN

Als sie an einem Sonnabendnachmittag im Oktober das Büro verließ, sah sie gar nicht aus wie jemand, der auf Abenteuer auszieht — schwächlich, freundlich, ziemlich schüchtern, mit blondem Haar und Schulmeisterbrillen und blaffen Wangen, die durch die vorleuchtende Trauerkleidung zur Geltung gebracht wurden. Doch sie wollte von New York Besitz ergreifen.

Sie streifte fuchend durch unbekannte Straßen. In ihrem Handtäschchen trug sie eine Sammlung von Zeitungsausschnitten, die aus der Rubrik „Zu vermieten“ waren, und gehorisch folgte sie deren Weisungen, das ideale Zimmer zu finden. Die Annoncen führten sie in ein Dutzend Stadtviertel, die von Leuten, die möblierte Zimmer bemohnen, bevorzugt werden — von einsamen, farblosen, alleinstehenden Leuten, die in fremder Menschen Wohnungen wohnen.

Die Sache war nicht so erfreulich, wie Una gehofft hatte; es war eine zu grauliche Entblößung des Kanonensutters der Großstadt, der Menschen, die es nie zu etwas gebracht, und die den Mut verloren hatten. Es war kaum möglich, eine Straße von der anderen zu unterscheiden. Immer dieselben Reihen grauer Ziegelbauten, einer wie der andere; die Einförmigkeit nur selten unterbrochen durch ein Bärenhaus oder ein höheres Gebäude; immer dasselbe unschlüssige Stiegensteigen, dasselbe Suchen nach der Klingel, dasselbe Warten, dieselbe unheimlich aussehende, mißtrauische Vermieterin, dasselbe üble Vorzimmer mit dem Kleiderrechen, einem Kupferstich mit einem braunen Fleck in der einen Ecke, einem Teppich, der gerade vor der Eingangstür ein großes, ovales Loch hatte, durch das der Fußboden sah, der Geruch von Kohl und Zwiebeln, die mangelhafte Lüftung; immer derselbe Wunsch, möglichst schnell wieder fortzukommen, obwohl sie höflich wartete, bis die Vermieterin mit derselben wohlbekannten, heiseren Stimme dieselben Phrasen hergeleiert hatte.



## Ein trauriger Juli.

Der Juli, heiß ersehnter und freudig begrüßter Monat der großen Ferien für unsere Jungen und Mädels, daneben für den Beamten, Angestellten und Arbeiter die Zeit, in der er am liebsten seinen Urlaub genießt, hat uns in diesem Jahre ein häßliches, ja allzuoft ein tragisches Gesicht gezeigt.

Das Beringere mag an die Spitze gestellt werden: Der Juni 1930 gab uns eine Gluthitze, die den Aufenthalt im Maschinenraum und im Büro schier unerträglich machte. Aber als dann der Juli, der vielgerühmte sonnige, mäßige, warme Heumonats kam, der Monat der Reisenden und des Urlaubs, da setzten Sturm und Regen ein, und fast allen, die ein ganzes Jahr gepart und sich gefreut hatten, herauszukommen aus dem steinernen Berlin der Großstadt, dem Druck der Mietkassernen, dem Meer des glühenden Asphalt, wurde die Erholung verdorben. „Und der Regen regnete jeglichen Tag...“

Darüber hinaus forderte der Juli 1930 den Staatsbürger, auch wenn er auf Urlaub war, auf, um mit Horaz zu sprechen, die „würdige Muße“ zu vergessen. Die unberechtigte Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung durch das Kabinett Brüning zwang die wirkliche „Staatspartei“ der Republik, die Sozialdemokratie, die Auflösung des Reichstages herbeizuführen. Der 18. Juli — zufällig ein historisches Datum, der Tag der französischen Kriegserklärung an Preußen zum Jahre 1870 — ließ die Sozialdemokratische Partei eine Kriegserklärung aussprechen gegen den sozialreaktionären Bürgerblock und dieses Ereignis ist in den Urlaub hinein eine Mahnung und ein starker Appell an alle, am 14. September die Pflicht zu erfüllen.

Darüber hinaus aber war dieser Sommermonat, der leider mehr, viel mehr als nur Mißvergügen bot, erfüllt von allgemeinen menschlichen, von entsetzlichen Tragödien und Katastrophen. Wir schlepten hinein in diesen traurigen Monat das Kindersterben von Lübeck, und wir erlebten mit Schauern, wie die Zahl der toten Säuglinge von 50 auf über 60 anstiege. Das Unglück des Dornier-Wal in den baltischen Gewässern leitete dann den üblen Juli des Jahres 1930 ein. Es folgte der Tod der hundertfünzig Knappen von Neurude, es folgte, schreckliches Geschehen in einem Augenblick der Erhebung und Freude über die Befreiung westlichen Landes durch Verständigung und Friedenswillen, das Sterben von Koblenz in den Fluten des Rheins. Fast zur gleichen Stunde aber erreichte den Zeitungsmann die Meldung aus Neapel: Erdbebenkatastrophe, zahllose Tote, zahllose Verwundete, zahllose Obdachlose...

Es ist ein schmerzhafter Juli, der hinter uns liegt. Aber es ist für alle, die vorwärts wollen, auch ein Monat der Hoffnung und Verheißung, daß einmal an Leid und Unglück verhindert wird, was Menschenwille verhindern kann.

## 5100 öffentliche Fernspreckstellen.

Aber nur 220 auf Straßen und Plätzen.

Auf die Anregungen des Berliner Publikums, der Handelskammer und der Verkehrsinteressenten baut die Oberpostdirektion Berlin das Netz der öffentlichen Fernspreckstellen in der Reichshauptstadt systematisch aus, so daß das Publikum, auch wenn es unterwegs ist, nur einen Groschen für das Gespräch auszugeben braucht.

Es gibt augenblicklich in Berlin 5109 öffentliche Fernspreckstellen, von denen 3667 Münzfernsprecher sind. Von den Münzfernsprechern sind 851 in Postämtern, 76 in Zeitungsständen, auf der Straße in Uhrenläden 98 und 122 in eigenen Zellen, 351 in öffentlichen Gebäuden, 271 in Wohnhöfen und 1878 in Wirtschaften, Zigarrenläden usw. Die öffentlichen Fernspreckstellen auf der Straße verteilen sich in der Hauptsache auf den Westen und auf den Osten, weil in den älteren Stadtteilen die Unterbringung wegen schmaler Bürgersteige und Beeinträchtigung der Sicht auf verkehrsreichen Plätzen auf Schwierigkeiten stößt. Insbesondere sind die Vorortgebiete berücksichtigt worden. Bei den Zellen werden noch Möglichkeit Briefmarkenautomaten mit angebracht, da sich diese Einrichtung als sehr zweckmäßig erwiesen hat.

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich die überraschende Tatsache, daß von den 3667 Münzfernsprechern nur wenig mehr denn 200 auf öffentlichen Straßen und Plätzen, wo sie also jeder schnell und bequem sehen und erreichen kann, aufgestellt sind. Das sind für das riesenhafte sich dehrende Berliner Gebiet viel zu wenig. Hinzu kommt, daß viele dieser Zellen äußerst unbequem eingerichtet sind, manchmal so eng, daß man sich unmöglich darin bewegen kann. Es ist kaum Platz für das Telephonbuch. In der Hitze ist der Aufenthalt in diesen „modernsten“ Telephonzellen hundertmal schlimmer als in einer Gefängniszelle. Vielfach werden die Markenautomaten einfach nicht eingebaut, weil es das betreffende Postamt einfach nicht für nötig hält. Es gibt also für die Oberpostdirektion Berlin noch viel zu tun, trotz der bereits vorhandenen 5100 Fernspreckstellen.

## Um die Flaggen von Borkum.

Borkum war jahrelang Sammelpfad aller antirepublikanischen Verbände, die mit Begeisterung dem Apostel der Halbkreuzer, dem Pfarrer Münchmeyer, zuzustimmen. Als Herr Münchmeyer den jungen Mädchen allzu heftig nachstellte, konnte auch Borkum ihn nicht mehr halten. Durch die Hebe ging der Kurbetrieb zurück und es wurde eine neue Badeverwaltung gewählt. Es wurden sogar am Strand die Reichsfarben gehißt. Aber trotzdem betrachten die Nationalsozialisten Borkum immer noch als ihr Eigentum.

Ein Leser unseres Blattes, der seine Urlaubstage auf Borkum verbracht hat, schreibt uns: Schwarzrotgoldene Fahnen waren schon am zweiten Tage gestohlen. Die Polizei stellte zunächst das Ansinnen an die Republikaner, ihre Fahnen abends einzuziehen, erst als das abgelehnt wurde, stellte die Polizei genügenden Schutz. Darauf bildeten die Nationalsozialisten ein Strandkommando, dem es auch gelang, zum zweiten Male die Fahnen zu stehlen. Die energisch durchgreifenden Schutzpolizeibeamten konnten aber zwei der Burschen verhaften, der eine war 17, der andere 19 Jahre alt. Einer der beiden war der Sohn des Kapellmeisters der Kurkapelle.

Die Badeverwaltung, die nicht mit der erforderlichen Schärfe eingreift, wird sich nicht wundern können, wenn die Republikaner weiter darauf verzichten, Borkum zu besuchen.

## Gasometer fliegt in die Luft.

Der städtische Gasometer in einem Londoner Vorort, in dem sich 25000 Kubikmeter Gas befanden, ist Dienstag vormittag in die Luft geflogen und völlig zerstört worden. Wie durch ein Wunder wurde niemand verletzt und auch Sachschäden in den in der Nähe gelegenen Werken beschränkten sich nur auf einige gebrochene Fensterheben.

# Prozente der Hausgesellschaften.

Berliner Mieterschaft um 4½ Millionen betrogen?

Durch die Anzeigen verschiedener Mieter ist man den betrügerischen Geschäften auf die Spur gekommen, die Hausgesellschaften und Verwalter mit Kohlenlieferungen gemacht haben. Es handelt sich fast durchweg um Gesellschaften, die die Interessen ausländischer Grundstücksbesitzer in Berlin wahrnehmen und in denen selbst oft Ausländer tätig sind.

Einer dieser Fälle ist erst im Frühjahr 1930 zur Aburteilung gekommen, und zwar wurde gegen einen Serben verhandelt, der jedoch kurz vor der Verurteilung flüchtete. Der Betrug wird in folgendem Mandat erklart: Die Hausgesellschaften bestellen bei Kohlenlieferanten größere Mengen Koks für die Zentral- und Warmwasserheizungen. Die Mengen, die Berlin durchschnittlich jährlich an Koks gebraucht, belaufen sich auf etwa 44 Millionen Zentner. Die Hausgesellschaften legen die regulären Rechnungen auf die Mieter um, die also den normalen Kokspreis bezahlen müssen. Hinter dem Rücken der Mieter aber vereinbarten die Hausgesellschaften einen Rabatt mit den Kohlenhändlern, der ihnen als Großabnehmer auch gewährt wurde. Dieser Rabatt betrug oft für den Zentner 10 bis 20 Pf. An der Vergünstigung nahmen aber die Mieter nicht teil, die Gesellschaften und ihre Verwalter steckten das Geld in die eigene Tasche. Die Mieter, die doch immer kommen, erlitten natürlich Strafanzeige. Eine ganze Reihe solcher Anzeigen sind nachgeprüft und ihre Richtigkeit ist erkannt worden. Die Verfahren gegen die Beschuldigten schweben bei der Staatsanwaltschaft.

Die Gesellschaften verteidigen ihren Standpunkt damit, daß sie größere Verluste gehabt hätten, und eine Vergütung gerechtfertigt sei. Die Mieter wenden dagegen ein, daß, wenn Groß-Berlin für seine Heizungen 44 Millionen Zentner Koks verbraucht und für den Zentner nur 10 Pf. Rabatt gewährt werden, dies eine Summe von 4½ Millionen ausmacht, die den Mietern entzogen wird, um in die Taschen ausländischer Gesellschaften zu fließen. Sollten die Mieter mit ihren Klagen Erfolg haben und die Staatsanwaltschaft sich der Ansicht des Betrages anschließen, so würden unter Umständen die Hausgesellschaften die ungerechtfertigten Gewinne wieder herauszahlen müssen.

## Das Honorar des Rechtsanwalts.

Der Klient wegen Betruges auf der Anklagebank.

Einen seltenen Fall — der Verteidiger als Ankläger seines Klienten, der Klient als Angeklagter auf Grund einer Anzeige seines Verteidigers — erlebte man neulich in Moabit.

Der Kaufmann R. hatte sich wegen Betruges zu verantworten. Er wandte sich an einen Anwalt, dessen Name auch außerhalb Berlins guten Klang hat — man kennt ihn von verschiedenen sensationellen Prozessen her. Man vereinbarte ein Honorar in Höhe von 1000 Mark. Eine Anzahlung von 300 Mark sollte noch vor der Verhandlung erfolgen. Nur unter dieser Bedingung erklärte sich

der Anwalt bereit, zum Termin als Verteidiger im Gerichtssaal zu erscheinen. Für die restlichen 700 Mark wurde ihm ein Anspruch des Klienten auf Provisionsgelder übertragen. Der Termin nahte, die Anzahlung blieb immer noch aus. Der Termin war da, die 300 Mark waren immer noch nicht gezahlt. Am Tage der Verhandlung erklärte der Klient dem Anwalt, er habe die 300 Mark bereits am Vortage überwiesen. Der Anwalt trat in der Verhandlung auf. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis unter Zubilligung einer Bewährungsfrist. Die 300 Mark trafen aber nicht ein. Weder an diesem Tage, noch am nächsten, sie trafen überhaupt nicht ein, sie waren einfach nicht überwiesen worden. Der Klient hatte seinen Anwalt betrogen. Auch aus dem Anspruch auf die Provisionsgelder wurde nichts. Der Anwalt erstattete Strafanzeige wegen Betruges.

Vor Gericht erklärte der ehemalige Verteidiger des Angeklagten, jetzt sein Ankläger, es handle sich bei dieser Sache nicht nur um ihn, sondern darum, Anwälte gegen derartige Betrügereien zu schützen. Es sei ihm nicht um eine hohe Gefängnisstrafe für den Angeklagten zu tun, er hätte auch nichts gegen eine Bewährungsfrist, allerdings unter der Bedingung, daß er das Honorar voll erhalte. Der Staatsanwalt beantragte, unter Aufhebung der Bewährungsfrist für die erste Strafe, zwei Monate Gefängnis für den Betrug am Anwalt. Das Gericht bildete eine Gesamtstrafe von vier Monaten Gefängnis und billigte dem Angeklagten Bewährungsfrist zu, unter der Bedingung, daß er, sofern es in seinen Kräften stehe, den Anwalt voll befriedige, unter allen Umständen jedoch ihm in Rates im Laufe des Jahres 300 Mark bezahle.

Der Anwalt wird sich also mit 300 Mark zufrieden geben müssen. Das Gericht mag wohl der Ansicht gewesen sein, daß dieses Honorar in diesem Falle ein genügendes Entgelt für die Mühemolung des Anwalts darstelle.

## Aus Gefrierleber wird frische Leber.

Man meldet uns aus Leipzig: Bei einem Großschlächter herrschte sehr starke Nachfrage nach frischer Leber. Da er den immer mehr wachsenden Bedarf seiner Kundschafft nicht mehr befriedigen konnte, kam er mit seinen Gefellen überein, amerikanische Gefrierleber in warmem Rinderblut aufzutauen und als Frischleber zu verkaufen. Auf dem Schlachthof wurden hierzu besondere Versuche vorgenommen, und man stellte fest, daß sich die aufgetaute Gefrierleber zwei bis drei Tage hielt. Der Großschlächter verkaufte von dieser Leber im Herbst vorigen Jahres innerhalb sechs Wochen ungefähr dreihundert Kilogramm. Jetzt hatte sich der Großschlächter vor dem Leipziger Amtsgericht wegen dieser Fälschung zu verantworten. Der Sachverständige führte aus, daß es Pflicht des Großschlächters gewesen wäre, die Leber als Gefrierleber zu bezeichnen und daß er sich eines unrealen Geschäftsgewinns und einer Lebensmittelfälschung schuldig gemacht habe. Das Gericht verurteilte den Großschlächter zu einer Geldstrafe von 500 Mark und seine beiden Gefellen zu je 50 Mark Strafe.

## Wieder vier Europaflyer eingetroffen.

Noch mehrere Teilnehmer in Spanien.

In den gestrigen frühen Nachmittagsstunden trafen fünf weitere Teilnehmer des Europarundfluges in Berlin ein. Auf den Klemm-Flieger Luff, der bereits am 13. Uhr gelandet war, folgten die beiden Junkerspiloten Koeder und Ritzig auf ihren „Juniosen“, sowie der Luftschiffpilot Krüger auf B. J. W. Kurz vor 18 Uhr traf auch der polnische Flieger Bajon, der am Montag in Pommern notlandete, am Ziel ein.

Für den heutigen Vormittag werden die Piloten von Freyberg, von Köppen, von Waldau, Siebel und Dr. Ring erwartet. Diese Fliegergruppe hatte sich gestern nachmittag, da starker Gegenwind herrschte, für ein Verbleiben in Danzig entschlossen, um keine Verlustpunkte zu erleiden. Der Start in Danzig wird deshalb am Mittwoch in den frühesten Morgenstunden erfolgen. Inzwischen ist ein weiterer Teilnehmer am Europarundflug ausgeschieden. Es handelt sich um den Piloten Aichele, der bei Schließelstein einen schweren Motordefekt erlitt.

Offiziell sind jetzt noch 25 Flieger unterwegs. Einige von ihnen, die sich noch immer in Spanien befinden — es sind dies fünf oder sechs Teilnehmer —, werden gleichfalls ausscheiden, da auf keinen Fall damit zu rechnen ist, daß sie noch rechtzeitig in Berlin eintreffen werden. Im ganzen haben bisher 24 Maschinen den Europarundflug durchgeführt.

# Funkwinkel.

Am Abend übernahm der Deutschlandsender aus Leipzig eine besonders hübsche Veranstaltung: „Deutsche Minnelieder und Balladen“, gesungen von Kurt Wichmann. Diese schönen, volkstümlichen Lieder bieten leichtverständliche Unterhaltung und waren gleichzeitig geeignet, auch den anspruchsvollen Hörer zu befriedigen. Einen Jokus „Kunst der Rezitation“ begann Dr. Wolfgang Hoffmann-Harnisch. Der Vortragende brachte zur Erläuterung auf Schallplatten Kostproben von Sonnenhof, Kalm, John Bergmoore. Jeder nur drei Platten. Er würde keine interessanten Darlegungen durch stärkere Benützung von Schallplatten sehr viel volkstümlicher gestalten können. — Konfekte des heutigen Familienlebens“ wollte Hugo Marcus behandeln. Seine Ausführungen gingen jedem soziologischen Problem in weitem Bogen aus dem Wege und beschränkten sich auf billige Weisheiten. — „Was ich von Americas Sport sah“ nannte Walter Kleffel seinen Vortrag in der Jugendstunde. Der Redner erwies sich als ein um Sachlichkeit bemühter, wenn auch kein besonders lebendig gestaltender Schilderer. Er betonte in seinen Darlegungen, welche herrlichen Sportmöglichkeiten den Schülkern in Amerika geboten werden. Ueberraschend und lehrreich für manche deutschen Sportfanatiker wird es gewesen sein zu erfahren, daß die Zulassung von Studenten zu sportlichen Wettkämpfen in den Vereinigten Staaten von dem Bestehen der wissenschaftlichen Prüfungen abhängig gemacht wird. — In der „Stunde mit Büchern“ betrachtete Max Barthel eine Reihe von Feuerzeichnungen, die sich mit dem Rheinland beschäftigen. Barthel verstand es, aus seinen kritischen Betrachtungen einen kurzen kulturgeschichtlichen Ueberblick zu formen und sie dadurch dem Hörer besonders wertvoll zu machen.

## Zusammenstoß zweier Petroleumzüge.

Vier Eisenbahner getötet.

Bukarest, 29. Juli.

Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich heute vormittag auf der Eisenbahnlinie Bukarest-Constanza, am Ausgang der Station Medgidia. Zwei Petroleumzüge, von denen einer mit vollen Zisternen fuhr, stießen mit voller Geschwindigkeit zusammen. Beide Lokomotiven und 20 Wagen wurden vollkommen zerstört. Die Eisenbahnlinie wurde stark beschädigt. Unter den Trümmern der Wagons wurden die Leichen von vier Eisenbahnern herangezogen. Ein Heizer wurde lebensgefährlich verletzt. Die sofort eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß an dem Zusammenstoß ein Verkehrsbeamter der Station Medgidia die Schuld trägt, da er den einen Zug einfahren ließ, obwohl der andere Zug sich noch auf dem Gleis befand. Der Schaden beträgt 10 Millionen Lei.

## Feuersbrunst bei Bromberg.

23 Häuser eingedäschert. — 3 Personen umgekommen.

Warschau, 29. Juli.

In der Ortschaft Gollantsch bei Bromberg brach am Montag ein großes Schadenfeuer aus, dem 23 Häuser zum Opfer fielen. Während der Rettungsarbeiten wurden zwei Polizisten unter den Trümmern eines zusammenstürzenden Hauses begraben. Sie konnten nur als Leichen geborgen werden. Ferner starb ein Feuerwehrmann an den Folgen einer Rauchvergiftung, die er sich bei den Löscharbeiten zugezogen hatte.

## Ozeanflug des „R 100.“

Das englische Luftschiff „R 100“ ist am Dienstag morgen mit einer Besatzung von 37 Mann und 7 englischen Luftschiffverwandigen als Passagieren zum Ozeanflug nach Kanada gestartet. Die Fahrt geht über Irland und den Atlantischen Ozean nach Nord-Neufundland und von dort den St. Lorenzstrom hinauf nach Montreal. Es wird mit einer Fahrtdauer von drei Tagen gerechnet. Die englische Presse weist darauf hin, daß „R 100“ das schnellste Luftschiff der Welt sei, da es bei Versuchen eine Geschwindigkeit von rund 180 Kilometer in der Stunde erreicht habe.

## Zwei Arbeiter durch Gase betäubt.

Im Betrieb der Firma „Dier“, Deutsche Benzin- und Petroleumgesellschaft in der Robinschloßstraße in Oberschöneweide ereignete sich am Dienstag nachmittag ein schwerer Unfall. Zwei Arbeiter, die mit Reinigungsarbeiten in einem 900 Kubikmeter fassenden Benzintank beschäftigt waren, wurden durch giftige Gase betäubt. Der 27jährige Arbeiter Willi Fiedler, dessen Zustand besonders schwer war, mußte durch die Feuerwehr in das Elisabeth-Hospital gebracht werden.

Jubiläum im Spar- und Bauverein Neutölln. Ein seltenes Jubiläum begeht am 31. Juli Herr Oberinspektor Paul Ribbeck, indem er 25 Jahre als Vorsitzender des Spar- und Bauverein Neutölln angeht. Er hat die Genossenschaft in diesen 25 Jahren ehrenamtlicher Tätigkeit vorbildlich geleitet.











# Die Lebenshaltung wird teurer.

## Ein verfallender Kronzeuge der Unternehmer.

Das Unternehmertum hat seine Forderung nach Lohnabbau auch mit dem sinkenden Teuerungsindex begründet. In der Tat machte sich seit August 1929 im Rohmen der Indexberechnung ein Rückgang der Lebenshaltungskosten bemerkbar. Der Teuerungsindex senkte sich um einige Punkte.

Auch wenn unser Teuerungsindex ein Idealindex wäre (was er nicht entfernt ist) und den Veränderungen in unserer Ernährungsmittelschaft durchaus Rechnung trüge, wäre er als Kronzeuge für den Lohnabbau durchaus ungeeignet. Der erwähnte Rückgang der Lebenshaltungskosten, der ungefähr Mitte 1929 einsetzte, ist im Frühjahr 1930 bereits zum Stillstand gelangt. Schon im April war die Entwicklung des Teuerungsindex z. B. in den preussischen Reichsgemeinden durchaus uneinheitlich. So betrug die Senkung für April 1930 gegenüber dem Monat März 1930 (die Teuerungsindex immer in Reichsmark angegeben), z. B. in Magdeburg 4,05 M., in Hannover aber nur 2,38 M., in Krefeld 2,17 M., in Berlin 2,30 M. und in Herford nur 2,07 M. Im Mai 1930 wurde der Rückgang noch geringer. Für den Juni löst sich eine allgemeine Erhöhung der Lebenshaltungskosten feststellen.

In der Zeit von April 1930 bis Juni 1930 steigerte sich z. B. die Teuerungsindex im Monatsdurchschnitt und im Reichsdurchschnitt in Königsberg von 137,25 M. auf 161,41 M., in Berlin von 150,21 M. auf 154,75 M., in Eberswalde von 129,44 M. auf 130 M., in Senftenberg von 145,82 M. auf 148,26 M., in Demmin von 129,86 M. auf 129,91 M., in Stettin von 147,62 M. auf 150,09 M., in Reustettin von 128,37 M. auf

129,81 M., in Stolp von 123,48 M. auf 128,74 M., in Reichenbach (Culmburg) von 129,99 M. auf 130,17 M., in Waldenburg i. Schl. von 131,36 M. auf 139,29 M., in Gleimitz von 150,83 M. auf 151,06 M., in Halberstadt von 139,40 M. auf 140,03 M., in Magdeburg von 133,25 M. auf 133,68 M., in Weihenfels von 132,71 M. auf 134,90 M., in Erfurt von 140,52 M. auf 140,99 M., in Kiel von 144,49 M. auf 144,95 M., in Göttingen von 131,93 M. auf 134,03 M., in Dortmund von 156,82 M. auf 157,79 M., in Hagen (Westf.) von 158,11 M. auf 158,17 M., in Jüdisa von 146,64 M. auf 146,90 M., in Frankfurt a. M. von 165,71 M. auf 165,72 M., in Koblenz von 164,16 M. auf 164,82 M., in Essen von 144,42 M. auf 145,21 M., in Krefeld-Herdingen a. Rh. von 150,98 M. auf 155,08 M., in Södingen von 161,55 M. auf 163,74 M., in Köln von 137,01 M. auf 158,94 M. und in Aachen von 150,84 M. auf 152,62 M.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten ist nicht zufällig. Dafür sorgte auch der Reichs Ernährungsminister Schiele mit seinen Jollerhöhungen, Einfuhrerhöhungen usw. Wir müssen nach Lage der Dinge — von der bombastisch angekündigten Preislenkungsaktion versprechen wir uns nicht viel — mit einem steigenden Teuerungsindex rechnen. Die Unternehmerschaft, die ja den Teuerungsindex für den Lohnabbau ins Treffen geführt hat, mühte also auf Grund des gleichen Teuerungsindex sich eigentlich zu Lohnerhöhungen bequemen.

# Bis 350 Mill. Sonderaufträge.

## Das Arbeitsprogramm der Reichsbahn. — Arbeit für 180 000 Menschen.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat jetzt ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm bekanntgegeben. Mit dem Reich ist ein Abkommen geschlossen worden, wonach zur Belebung der Wirtschaft und zur Verringerung der Arbeitslosigkeit die Reichsbahn neue Bestellungen und Arbeiten bis zur Höhe von 350 Millionen Reichsmark vergeben soll. Zunächst sollen 150 Millionen Reichsmark Schahausweisungen zur Finanzierung dieser Aufträge begeben werden, außerdem erfolgt ein Borggriff auf die Bestellungen des Jahres 1931 (eine Mitteilung darüber, ob das Reich den Zinsendienst für die Schahausweisungen übernehmen wird, macht die Reichsbahn noch nicht). Die Reichsbahn will die Aufträge herausgeben, wenn die erforderlichen Vorverhandlungen abgeschlossen sind und insbesondere über die von der Regierung geforderten Preisermäßigungen mit den Lieferfirmen übereinstimmend ist. — Es wäre zu verlangen, daß die Reichsbahn über das Ergebnis dieser Verhandlungen über Preislenkungen der Öffentlichkeit Mitteilung macht. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm sieht im einzelnen vor: Erhöhung der jetzt auf monatlich 20 000 Tonnen gedroffenen Lieferungen von Oberbaumaterial auf 50 000 Tonnen, was Neubeschaffungen bei der Eisenindustrie im Werte von 80 Millionen Reichsmark entspricht. Bei der Durchführung des Gleisumbaus innerhalb des Jahres 1930 werden für Betriebsstoffe und Löhne 20 Millionen verwendet. Fahrzeugbestellungen im Werte von 80 Millionen Reichsmark werden vorgriffweise schon jetzt herausgegeben. Dazu treten die Bestellungen von Neubauten im Werte von 10 und von Sicherungsanlagen im Werte von 2 Millionen Reichsmark. Für Neubauten ist ein Aufwand von annähernd 50 Millionen, zur Aufstellung der Werkstättenlager und für Sonderarbeiten an den Fahrzeugen sind weitere 30 Millionen Reichsmark vorgesehen.

Insgesamt wird die Reichsbahn durch Aufträge von etwa 372 Millionen Reichsmark die industrielle Beschäftigung zu ver-

bessern versuchen, wodurch nach der Schätzung der Reichsbahn in den letzten Monaten dieses Jahres etwa 180 000 Menschen mehr Beschäftigung finden werden. Entscheidend bleibt für die Durchführung des Programms die Finanzierung. Reichsbankpräsident Dr. Luther verhandelt gegenwärtig noch mit den Banken über die Unterbringung der 150 Millionen Reichsmark Schahausweisungen, die voraussichtlich fünf Jahre laufen und mit 6 Proz. verzinst werden sollen. Es scheint beabsichtigt zu sein, daß das Reich wenigstens auf einige Jahre, da die Reichsbahn die zusätzliche Belastung aus den Sonderaufträgen nicht tragen zu können, die Zinslast der Schahausweisungsanleihe übernimmt.

## Neue Reichsgarantien im Notprogramm

In den Notverordnungen befinden sich einige finanzielle Bestimmungen, durch die das Reich weitere Kreditgarantien übernimmt und die offenbar mit der Arbeitsbeschaffungs politik des Reiches ebenfalls eng zusammenhängen. Nach diesen Bestimmungen wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, zur Förderung des deutschen Außenhandels Garantien bis zu 350 Millionen (statt wie bisher 175 Millionen) zu übernehmen, ferner eine Zinsgarantie für die von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft bis zum Betrage von einer viertel Milliarde zu emittierenden Schuldverschreibungen. Drittens hat sich die Reichsregierung ermächtigen lassen, die Darlehensforderungen des Reiches aus der positiven Erwerbslosenfürsorge in eine Gesellschaft einzubringen, die beabsichtigt ist, die Grundlage dieser Darlehen Auslandsanleihen beschaffen soll. (Das Projekt soll zurückgestellt sein.) Endlich wird auch die Ermächtigung des Finanzministers zur Durchführung der Mansfeldsubvention zu dem das Reich belastenden Betrage von 1,32 Millionen Reichsmark ausgesprochen.

bringen (Seifenfabriken Sunklight, Glida, Schick, Mitteldeutsche Seifen u. a.). Die freien Speisefettfabriken dagegen mühen beim Verkauf der für sie unbrauchbaren und wertlosen Fette erhebliche Verluste erleiden. Die Verlockung für die freien Fabriken, sich dem Trust zu beugen, würde durch die Möglichkeit, das aufgezungene Rinderfett an seine Seifenfabriken zu verkaufen, unter dem Fettzwangsgebot noch verstärkt. Der Trust könnte aber auch im Gegenseitigen zu den kapitalstarken freien Fabriken die Fabrikation ins Ausland verlegen, in dem es kein Fettzwangsgebot gibt. Auch darauf ist von den selbständigen Speisefettfabrikanten schon hingewiesen worden. Das Fettzwangsgebot könnte also nur eine Stärkung des Trusts zur Folge haben.

Das Vorgehen der Fleischerei erweist sich demnach als Gratia-reaktion für den Margarinetrust, der mit Hilfe des Fettzwangs seine Herrschaft noch weiter ausdehnen kann.

Noch etwas offenkundiger als in der „Fleischer-Vereins-Zeitung“ wird im Textteil der „Berliner Börsen-Zeitung“ für den Margarinetrust Propaganda gemacht. Der Milchgehalt der Margarine ist seit langem eine zweifelhafte Angelegenheit; man kann ohne chemische Analyse nicht direkt behaupten, daß die billigen Margarineorten keine Milch enthalten, aber der Darstellung des Herrn Anton Sürgens, eines der Herrscher im Margarinetrust, braucht man deshalb doch noch nicht zu glauben. Anton Sürgens stellt die Sache in einem von der „Börsen-Zeitung“ wiedergegebenen dreispaltigen Artikel so hin, als sei in der Margarine mehr Milch verarbeitet als in der Butter. Die Firma Van den Bergh, die sich zuvor in dem holländischen Städtchen Dh mit dem Butterhandel befaßte, habe im Jahre 1890 auch deshalb ihren Sitz nach Rotterdam verlegt, weil dort der Bedarf an Milch besser gedeckt werden könne. Auch in England und Deutschland hat sich nach Herrn Sürgens die Margarineindustrie nicht etwa an Hofenplätzen angesiedelt, die für die Rohstoffversorgung aus Übersee günstig liegen, sondern dort, wo die Milchbeschaffung nicht auf Schwierigkeiten stößt.

Wenn jetzt Margarine immer noch nicht besser als Butter schmeckt, dem ist nicht mehr zu helfen!

Die Berliner Forschungsstelle für den Handel legte

vor kurzem eine Broschüre über das Zugabewesen vor, in der unbescheiden die Behauptung des „Schugverbandes für Wertreklame“ wiederholt wird, die „Wertreklame“ sei gerade eine Stütze der Schwachen im Kampfe gegen die Starken. Dabei sind die Verfasser der Broschüre auf die Zugabeverpflichtungen des Margarinetrusts bei ihrer Untersuchung an verschiedenen Stellen gestoßen; der Trust tritt allerdings gerade dann gerne getarnt auf, wenn er Zugaben verspricht. Er ist heute der mächtigste Interessent am Zugabewesen. Es wäre interessant, einmal zu untersuchen, wie weit er seinen Einfluß bei dem Streit der Meinungen um ein Verbot der „Wertreklame“ unterirdisch geltend macht.

## Konsumvereine in der Wirtschaftskrise.

### Empfindlich gedroffene Umsätze.

Auch der Jahresbericht des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine über die Umlagenentwicklung läßt die starke Kaufkraftdrosselung erkennen, die die Wirtschaftskrise bei den Konsumvereinsmitgliedern erzeugt. Obwohl in den Juni des Pfingstfest fiel, das immer größere Einkäufe bringt, ist der Wochen- und Mitglieds-umsatz gegenüber Mai mit 8,44 Mark unverändert geblieben. liegt um 43 Pf. oder rund 5 Proz. hinter dem Wochen- und Mitglieds-umsatz des Monats Juni des Jahres 1929. Es ist also nicht nur keine Zunahme mehr zu verzeichnen, sondern ein erheblicher Rückgang, der keineswegs für Krisenzeiten selbstverständlich ist, da beispielsweise im Jahre 1926 die Konsumvereinsumsätze trotz der damaligen Wirtschaftskrise nicht zurückgingen, sondern sogar erheblich stiegen. Der Verband ostdeutscher Konsumvereine, in dem die Konsumvereinsvereine Berlin die Entwicklung kennzeichnet, liegen die Verhältnisse noch ungünstiger als im Reichsdurchschnitt. Trotz der starken Aufwärtsentwicklung der Berliner Konsumvereinsbewegung im Laufe des letzten Jahres hat die Wirtschaftskrise dazu geführt, daß im Juni 1930 der Wochen- und Mitgliedsumsatz im Verband ostdeutscher Konsumvereine um 1,38 Mark unter dem Reichsdurchschnitt lag gegen nur 1,07 Mark im Juni 1929. Die größten Rückgänge im Zentralverband ergaben sich für Sachsen mit 1,33 Mark gegenüber dem Juli vorigen Jahres, für Thüringen mit 0,93 Mark und für Ostdeutschland mit 0,76 Mark.

Das arbeitende Volk schützt sich am besten vor Krisenwirkungen, indem es durch Stärkung der Konsumvereine deren Umsatzauftrag und Leistungsfähigkeit erhöht.

## Leder als Luxus.

### Mode- und Lederkonjunktur — Leistungssteigerung in den Großbetrieben.

Der Produktionswert der deutschen Lederindustrie ist im Jahre 1929 nach einer in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichten Untersuchung auf 796 Millionen Reichsmark gegen 936 Millionen Reichsmark im Jahre 1928 zurückgegangen. Das Erstarren der Schuhindustrie führte jedoch zu einem Anwachsen der Einnahmen aus der Lederherstellung um 26 Proz. auf 6,58 Millionen, die in der obigen Ziffer nicht enthalten sind. Der Einkaufswert der 1929 verarbeiteten Häute und Felle war sogar um ein Viertel geringer als 1928. Das ist teils auf den Rückgang der Häutepreise, teils auf das Sinken der Einfuhr getrockneter Häute zurückzuführen. Der Preis der Kalbfelle betrug in Berlin im Jahresdurchschnitt 1929 0,98 Reichsmark für ein halbes Rind gegenüber 1,29 Reichsmark 1928.

Die deutsche Lederindustrie verbrauchte, dem Preise der Mode folgend, im vergangenen Jahre 2,37 Millionen Kilogramm (gleich 158 Eisenbahnwaggons) Farben; 1925 waren es erst 0,97 Millionen Kilogramm (gleich 65 Waggons). Der verstärkten Nachfrage nach seinen Lederwaren entspricht eine Zunahme der verarbeiteten Kalbfelle.

Während die Lederproduktion im ganzen unter der Last der breiten Masse litt, ist also die Nachfrage nach teuren, gefärbten Waren aus Kalbleder gestiegen; deren Grundstoff, die Kalbfelle, sind aber 1929 nicht einmal so stark im Preis zurückgegangen wie Ochsen- und Kuhhäute (Kalbfelle um 24, Ochsen- und Kuhhäute um 32 Prozent). Es äußert sich hier also eine fortschreitende Konzentration der Kaufkraft auf eine kleine Schicht von Konsumenten. Zu diesem Bild paßt auch die Tatsache, daß der deutsche Verbrauch an feinen Lederschuhen (sogenannten Schmalchen) sich im letzten Jahr verdoppelt hat, der von Reumittelstellen um 60 Proz. gestiegen ist.

Die höhere Wirtschaftlichkeit der Großbetriebe kommt in den Produktionsziffern der Lederindustrie zum Ausdruck. Die Fabriken mit mehr als 300 Arbeitern erhöhten ihren Anteil am Gesamtwerk der deutschen Lederproduktion um 1,8 auf 43 Proz., während ihr Anteil an der Gesamtarbeiterzahl um 0,4 Proz. zurückging! Die Betriebe mit 11—50 Arbeitern mußten dagegen eine Verringerung ihres Produktionsanteils um 1,1 Proz. bei fast unveränderter Arbeiterzahl hinnehmen.

## Grundlose Klagen.

### Der Abschluß eines großen Saar-Eisenwerkes.

Die Reutircher Eisenwerk A.-G. vormals Gebr. Stumm-Reutirchen (Saar) legte im Februar dieses Jahres in allen Abteilungen Festschichten ein mit der Begründung, die Gesellschaft könne die bisherigen, aus der Abgabeminderung der letzten Zeit sich ergebenden, sehr schweren Opfer nicht mehr ganz auf sich nehmen; die Lebensfähigkeit der Werke war damals in Frage gestellt, wenn man der Direktion glaubte. Man durfte es nicht.

Nach dem jetzt veröffentlichten Abschluß zum 31. März 1930 ist der Reingewinn der Gesellschaft im letzten Jahre um 2,23 Mill. auf 10,51 Mill. Franz. Franken gestiegen. In allen Abteilungen ist die Erzeugung angewachsen, am stärksten die von Koks (um 80 000 Tonnen auf 436 000 Tonnen). Die Fabrikationskosten erlitten eine weitere Senkung, nachdem ein umfangreiches Ausbauprogramm durchgeführt ist.

Die Reutircher Eisenwerk A.-G. (sie gehört Otto Wolff) gibt ihren deutsch-französischen Großaktionären acht Prozent Dividende auf 75 Mill. Franken Aktienkapital von dem jedoch erst 62,5 Mill. eingezahlt sind. Die Besitzer der Genussscheine (25 Mill. Franken nominal) erhalten gleichfalls 8 Proz. Gewinnanteil. Der Gewinnvortrag erreicht mit 5,01 Mill. Franken Rekordhöhe.

Vorläufig keine neue Benzinteuerung. Die Monopolspreibehaltung sollte ab 1. August zu einer neuen Benzinteuerung um 2 Pf. führen. Wie die W.T.B. hört, haben sich die Benzinmarkt-gesellschaften (die Deltrusts) einig, vorläufig die Benzinteuerung nicht durchzuführen. Ein „endgültig“ wäre besser als dies „vorläufig“, nachdem die Verbraucher ohnehin bei der letzten Preisveränderung schon stark überfordert wurden.

## Getarnte Trustreklame.

### Das Fettzwangsgebot — eine Gefährlichkeit für den Margarinetrust?

Einer unfreiwilligen Reklameaktion für den Margarinetrust opfert das Organ der deutschen Fleischermasse (Nr. 169) eine Titelseite im Rahmen seines Feldzuges für ein Zwangsgebot zur Schmalzabnahme. Die Fleischerei wollen jetzt eine eigene Margarinefabrik aufmachen und hoffen dabei auf gütige Subventionierung durch Herrn Schiele. Die Fleischereizugewinnung von Halle a. d. S. hat bereits beschlossen, nur noch inländische Rinderfettmargarine zu verkaufen. Der Plan, das deutsche Rinderfett in einer neuen Margarinefabrik verarbeiten und in den Mehgerläden zur Schau stellen zu lassen, steht zwar in einem gewissen Widerspruch zu der außerordentlich eifrigen Propagierung des Zwangsgebetes für den Fettbezug; denn die Durchführung der einen Maßnahme macht schließlich die andere überflüssig.

Aber die Mehgermeister glauben offenbar selbst nicht recht an einen Erfolg ihrer geplanten Rinderfettmargarinefabrik. Und so beschäftigen sie sich in ihrem Leitblatt immer noch mit Verdächtigungen, die Unanschaulichkeit ihrer Pläne zu beweisen. Zu diesem Zweck wird des langen und breiten dargelegt, wie nötig die Anwendung der staatlichen Gewalt zum Schutze der Allgemeinheit vor dem immer mächtiger werdenden Margarinetrust sei; das Mittel dazu sei das Fettzwangsgebot, das gerade unter diesem Gesichtspunkt zu billigen und zu begrüßen sei; es sei eine Pflicht des Reiches, seine Bürger gegen die Zwangsmacht einer ausländischen Kapitalmacht zu schützen.

Das klingt sozial und ist es gar nicht. Das Fettzwangsgebot würde nämlich nach Ansicht der truffreien Margarinefabrikanten, die doch schließlich auch etwas von der Sache verstehen, dem Trust bei seiner weiteren Expansion sehr dienlich sein und ihm viel weniger schaden als den freien Fabriken. Denn der Trust kann das minderwertige Rinderfett, das man den Speisefettfabriken auszuweisen will, in seinen eigenen Seifenfabriken unter-



# Axel Arheus: Der schwarze Bul

Der schwarze Diener von Mister Lunt heißt Bul; wenigstens ruft ihn kein Herr so.

Bul hat eine breite, flachgedrückte Nase und große Augen. Seine Stirn ist zu niedrig, seine Lippen zu dick. Die großen Ohren stehen weit ab vom Kopf. Bul geht einen müden, schleppenden Gang. Bul ist ein absolut häßlicher Kerl. Aber Bul hat eine Seele.

Bisweilen, wenn Mister Lunt im Klub abends seine Partie Whist hat, nimmt Bul die Jazz-Gitarre, die er in dem kleinen Laden auf dem Lincoln-Square erstanden hat, und spielt „I want to be down home in Dixiland“. Er singt leise dazu.

Bul geht auch alle paar Wochen in die Kneipe von Ollie Daniels in American City und trinkt Schnaps aus großen Kaffeetassen. Und dann stept er nach der Jazzmusik von „The Trotters“. Was drum rum sibt, applaudiert. — Bul braucht von Zeit zu Zeit Applaus.

Bei der Familie Cromwell auf der fünften Avenue ist eine Regentmamsell bedienstet. Diese Regentmamsell heißt Willoll und ist ein wenig allzu tuglich — doch ihr Vorräte steht im gutem Ruf.

Willoll liebt Bul.

Manchmal, wenn Bul diese Liebe zu heftig wird, schneidet er mächtig auf und erzählt Willoll von seinen acht Herzliebsten, und er sagt, daß sie die acht Seiten seiner Jazz-Gitarre wären.

Willoll schäme keineswegs diese musikalische Art, von Sünden zu reden, und sie ist mindestens fünf Minuten böse.

So ruhig verläuft Buls Leben: Bedienung bei Mister Lunt, ein wenig Willoll, ein wenig Schnaps bei Ollie Daniels in American City, ein wenig Jazz-Gitarre . . .

Eines Tages aber kam Mary Colhoem zu Besuch. — Mary ist die Nichte von Mister Lunt. Kom aus Los Angeles mit Riesentoffern, einer Gesellschaftlerin und mächtig viel Värm.

Mary war sehr hübsch und sehr süß. Und da sie in Los Angeles jemanden, der zwar ein netter Kerl war — aber über ein allzu kleines Scherbuch verfügte, gefallen hatte, wurde sie zu Ollie Lunt zu Besuch geschickt.

Mary liebte Musik. Das heißt, die hohen, leisen Töne. So zwischen c und ces. Wenn einer so Geige spielte zum Beispiel, konnte sie richtig weinen.

Das etwa ist Mary.

Seit sie da ist, ist Bul ein bißel verwirrt. Er merkt es zuerst selbst nicht, aber dann denkt er, daß er verliebt ist — und er lächelt ein wenig, weil er bei dem Gedanken verlegen wird.

Am Sonntag der nächsten Woche hat Mary Geburtstag. Bul gratuliert mit einem Strauß roter Rosen.

„Danke, danke, schwarzer Bul,“ zeigt sie lachend ihre weißen Zähne.

Bul ist ganz besonders glücklich.

Eines abends, als der Ollie zum Whist im Klub war, überraschte Mary Bul, als er seine alten traurigen Regentlieder zur Gitarre sang. Sie war mit der Gesellschaftlerin unermüdet früh aus der Oper nach Hause gekommen.

„Spielen Sie weiter,“ sagt sie zu Bul.

Bul ist erschrocken.

Aber dann spielt er natürlich weiter und singt die Lieder seiner Heimat. Für Mary.

„Wollen Sie mit Stunde gehen, schwarzer Bul?“

„Ja, Lady.“

Und dann vor der Türe:

„Gute Nacht, schwarzer Bul.“

„Gute Nacht, Lady.“

Als Mary jetzt schlafen geht, weiß sie, daß sie einen neuen Verehrer hat. Sie findet das sehr nett. Die Verehrer in Los Angeles sind eigentlich sehr langweilig, und sie spielen alle bloß Tennis und Golf. Und keineswegs Jazz-Gitarre.

Spät abends, wenn alles schlief, haben sie jetzt geheimt Zusammenkünfte in dem abgelegenen Herrenzimmer. Sie ziehen dann die Vorhänge ganz fest zu und Mary lernt. Sie will eines Tages den Ollie überraschen, keiner darf etwas wissen. Bul hat geschworen, nichts zu verraten.

Er zeigt ihr die Fingerhaltung. Und wenn er ihre kleine Hand nimmt, so drückt er sie bisweilen fester als unbedingt nötig.

Mary lernt sehr fleißig. Bald spielt sie ein paar stille Niggerballaden . . . und noch ein wenig später kann sie den Text und singt dazu.

Und Bul macht ihr Komplimente über den weichen Klang ihrer Stimme und über die Art ihres Vortrags. — So ein verliebter Regent ist etwas sehr hübsches, nicht wahr, . . . viel hübscher als alle weißen Kapellmeister!

Eines Abends sagt sie:

„Jetzt will ich etwas singen, schwarzer Bul, was ich nicht von dir gelernt habe.“

Sie nimmt die Gitarre und singt ein trauriges Volkslied aus der Heimat Buls, das sie Gott weiß wo aufgeschnappt hat.

Da singt Bul an zu weinen und stürzt vor ihr nieder und küßt ihr die Füße.

Mary ist furchtbar bestürzt — und weil sie Tränen sieht, auch gleich schrecklich traurig. Sie streicht ihm, während sie denkt, was sie doch für eine tolle Sache hat, beruhigend durch die krausen Haare. — Und Bul schluchzt weiter, ein wenig zu viel, weil er nicht will, daß sie die Hand wegzieht.

Eines Spätabends sitzt Bul, die Gitarre in der Hand und wartet auf Mary. Mary kommt nicht.

Am frühen Morgen ist der Arzt da. Mary ist sehr krank. Beide Lungen. Alles im Haus geht auf leisen Sohlen.

„Steht es schlecht?“ fragt Bul den Doktor. Aber der ist schon halb auf der Treppe.

Nachts geht Bul alle fünf Minuten an dem Krankenzimmer vorbei. Vielleicht daß man ihn braucht. Und dann denkt er an ein Wort und spricht es aus: Mary. Dabei lächelt er ein wenig und betet, daß sie gesund wird.

Nach einigen Tagen geht es wirklich besser und gegen Ende der nächsten Woche darf Mary vormittags schon eine Stunde aufstehen.

Bul ist feig. Er weiß, daß Mary Puppen liebt. Und er geht und kauft eine schöne große Regentpuppe, so eine mit dicken schwarzen Boden und großen Augen.

Er hat sich zwar keineswegs überlegt, wie er es anstellen soll, um die Puppe zu schenken. Aber er ist glücklich, sie erstanden zu haben.

Am Sonntag, als Mary im kleinen Zimmer auf der Chaiselongue liegt, bringt Bul die Puppe.

„Ich bin sehr froh, daß Sie wieder gesund werden, Lady!“

„Danke, Bul . . . wollen Sie mir nicht ein wenig vorspielen?“

Man schlägt Kranken nichts ab.

Bul spielt und singt. Er setzt sich so, daß er nur Mary sieht.

Eines Tages schickte sie ihm mit einem Brief zur Post. Wie zufällig fiel sein Blick auf die Adresse: Mister Howard Cunningham, Los Angeles. — Er wiederholte langsam: Mister Howard Cunningham, Los Angeles. Und da reißt er auch schon den Umschlag auf und liest: . . . Ich komme dir so lange nicht schreiben, Liebster, weil

ich schrecklich krank war. Jetzt ginge es besser und sie käme bald. Jazz-Gitarre könnte sie ein wenig spielen, das hätte sie gelernt von einem Regent, Ollie Lunt Diener.

Es lag in Buls Art, ohne große Gesten glücklich oder unglücklich zu sein. — So geht er weiter, wie einer, der gerade etwas nicht allzu Interessantes gesehen hat.

Er geht weiter. Wenn vielleicht auch ein ganz klein wenig mit Mühe. Das Gehirn treibt schmerzhaft um zwei Worte: Liebster; und dann: ein Regent . . . irgendein Regent . . .

Und dieser irgendeine Regent ist er.

Bul ging nach Hause; genau so gut hätte er auch wo anders hingehen können. Etwas zu Ollie Daniels nach American City . . . oder so.

Und wenn er jetzt ein bißchen absichtlich unvorsichtig über die Straße läuft, so erreicht er damit, daß die Chauffeure schimpfen und fluchen. Denn diese rasenden Automobile zerquetschen einen nur, wenn man sie nicht braucht.

Und dann kam der Tag, an dem Mary abreiste. Bul besorgte die Fahrkarten und das Gepäck. Sie schüttelte ihm die Hand und bedankte sich für die schönen Lieder, die sie von ihm gelernt hatte.

Bul ist jetzt wieder allein, und wenn er auf seinem Zimmer sitzt und weint, so sieht das niemand; und außerdem kümmert es auch keinen.

Die kleine Regentpuppe nimmt er bisweilen auf den Arm und streichelt sie „Mary.“ Mehr sagt er nicht.

Bul fühlt sich krank. Der Kopf, immer der Kopf. Wie meh das tut! Und Mary ist so weit.

Des Nachts geschah, seit Mary fort war, immer das gleiche. Wenn alles schlief, schlich Bul den Korridor entlang, hin zu ihrem Schlafzimmer.

Er sitzt stets an derselben Stelle. Auf der hinteren Bettkante, ein wenig vornüber gebeugt. Er redet sich so fest in die Vorstellung, daß Mary in den Kissen liegt, hinein, daß sich Schein und Wirklichkeit für ihn allmählich verwischen. Im Grunde: er lebt nun eigentlich davon.

Er faßt ihre Hand.

„Liebster.“

„Rein Mary.“

„Ich habe heute an Cunningham geschrieben, daß er mich endlich in Ruhe lassen soll . . .“

Ich richtig! Dieser Cunningham! Eigentlich kann er einem ja ein bißchen leid tun. Nun, man hat nicht Zeit, sich um alle Leute zu kümmern.

„Mary.“

„Liebster.“

Er küßt sie sanft auf die Augenlider.

So etwa ist es immer — oder nur ein wenig anders.

Die Tage dauern lang, wenn man auf die Nacht wartet.

Heute geht die Zeit gar nicht weiter. Bul ist schrecklich nervös. Besuch ist gekommen. Mister Lunt hat Bul zu Bett geschickt. Er kennt das schon.

Warum geht die nicht? — Er nimmt sich den Schnaps vor, den er bei Ollie Daniels gekauft hat. Und er trinkt ein Glas und noch ein Glas.

Endlich, viel später als sonst, scheint alles ruhig.

„Milo Mary, das war heut eine Geschichte,“ knipst er die Nachtlichtlampe ein. — „Mary.“

Er ist sehr erregt, weil er lange warten mußte. Und dann hat er ein wenig getrunken. Wenn nur der Kopf nicht so schmerzte. Es fällt ordentlich schwer, die Begriffe auseinanderzuhalten.

Mary! Nein, das ist gar nicht Mary. Es ist überhaupt niemand. Doch! Das Fräulein, das heute abend zu Mister Lunt gekommen ist.

Sie, was wollen Sie hier? . . . Rein Gott, Mary, entschuldige. Dieses Licht . . . Ich werde Ihnen den Hals umdrehen . . . hier schläft Mary!

Die Puppe? Ja, ich habe sie.

Armer Cunningham! So irgendein Cunningham. Wie leid Sie mir tun.

Gib mir die Hand, Mary. Wir fliegen . . . Was ist da . . . Das Kind? Das schläft schon. — Fürchte dich nicht, keine Mary. Ich beschütze dich. Siehst du, der Revolver . . . I want to be down home in Dixiland . . .

Sie haben hier nichts zu suchen, Fräulein! Nehmen Sie die Hände weg . . . Was will der? . . . Entweder Sie gehen — oder! Den Revolver! Siehst du, so spannt man den Hahn . . . so drückt man los!

. . . Sie fanden ihn, kaum daß er blutete, über den Bettrand liegen. Die Kugel war durch den Mund gedrungen und hatte das Hinterhirn eingeschlagen.

Mister Lunt beklagte in ihm den Verlust eines hervorragenden Dieners. Und auf dem Grabstein, den er ihm setzen ließ, stand:

Hier ruht der Regent Bul, den Gottes unerforschlicher Ratsschick allzu früh zu sich genommen.

# Nathan Gurdus: Von Uniformen

Uniformen!

Ich graue mich vor buntem Tuch. Ich hasse Uniformen. Sie machen Menschen zu Zahlen und unter goldenen Knöpfen schrumpfen die Herzen zusammen!

Wenn ich die Augen schließe, ragen 15 Jahre vorüber. Und ich sehe Uniformen, Uniformen . . . Uniformen verschiedener Völker. Sie umgeben mich, meine Kindheit. Wenn uniformierte Männer zu mir treten, bedeutet es Leid. Wenn sie an den Fenstern vorbeizogen, bedeutete es Unglück. Den Weg der Kindheit und Jugend umfanden Uniformen. Selbst die Sonne war düster geworden vor Uniformen.

1. August 1914.

Man hält mich zum Fenster heraus. Draußen ziehen auf unserer sonst so ruhigen Straße singend feldgraue Regimenter vorüber, zur Front. Aus den Fenstern winken Frauen, Kinder, juchzen, als ziehe da unten ein Karnavalzug dahin. Ich warte nicht. Und als auf einmal hörte Kommandos über die Straße erschallen, beginne ich bitterlich zu weinen.

Erste Bekanntschaft mit der Uniform, erstes Grauen in der Kindheit.

Ich bin krank. Beide Beine gebrochen im Gipserband. Meine Mutter trägt mich auf den Armen, auf dem Bahnhof von Warschau. Das Tragen ist schwer, schwer leucht meine Mutter, aber immer weiter müssen wir entlang des letzten Zuges, der Warschau verläßt. Denn an den Kupferreifen stehen goldglänzende Uniformen und winken lächelnd ab „alles reserviert“. Wir schleppen uns weiter. Das Tragen tut weh. Ich fühle jeden spitzen Stein des Perrons, dann stoßen die Bruchstellen zusammen.

Weber die Stadt zieht gerade ein Flugangriff. Bomben proffeln, schwer ächzen Geschütze . . . Immer mehr fabelhafte Offiziere stürzen in den Zug. Uns wird abgewinkt . . . Lächelnde rote Geichter mit goldenen und silbernen Kränzen an den Kupferreifen, und an den Türen immer noch Ordnonanzen. Da raschelt ein Schein in die Hand einer goldbetrehten Uniform, diese verbeugt sich, Orden und Sporen klirren, wir sind im Zug.

Warschau 1917. Ich sehe die russische Revolution, die erste, die dann erst später in den Blutströmen der Tscheta ertrank.

Draußen vor dem Kremel wogt die Menschenmenge. Ein Gendarmereihauptmann steht vor dem Kremel. Immer näher, die Marschälle singend, kommt die Menschenmenge. Auf einmal springt das Tor auf, eine Kompanie Garde tritt unters Gewehr. Eine Uniformmutter dringt gegen die Menge ein. Da aber geschieht das Wunder: Hände aus der Masse greifen nach dem Hauptmann, zerren an der Uniform, Lippen, Treffen, Goldknöpfe fliegen auf das Straßenpflaster. Die erste Uniform des Jaren vom Volke angelegt, und still stand die Garde! Nieder mit der Uniform!

Der Jahrhundert alte Baum der Uniform war durchbrochen, und da im selben Moment schoß am höchsten Fahnenmast des Kremis

ein roter Funke hoch, entfaltete sich, und über Moskau, über Russland wehte zum erstenmal die rote Fahne der Revolution!

Ein Brausen stieg in der Menge auf. Die Gardemauer wankte. Die Uniformen begannen selbst ihre Goldknöpfe abzubrechen. Sie wollten keine Uniformen mehr sein. Auf einmal waren alle Menschen, und singend zog das Feldgrau neben Arbeiterblusen, Studentenröcken und Bauernkleidern durch die Straßen Moskaus.

Über nicht lange und wieder zogen Uniformen in die Stadt. Zerrissene, verlumpte Uniformen, aber schon liebten neue „Hohentauern“ an den Ärmeln und Hüften: Sowjetsterne.

Und anstatt Gesang erklang das Lat-tat-tat-tat-tat der Maschinengewehre auf den Straßen Moskaus. Männer in denselben Uniformen beschossen sich, ihre Kugeln aber jagten in die Häuser und Wägen Frauen, Kinder. Als man dann auf die Straßen trat, lagen Leichen vor jedem Tor und Uniformen drangen in die Häuser ein, Bücher, Betten, Schränke flogen durchs Fenster. Ich schlief drangen in die Wohnung, schleppten alles weg, schlugen mit Gewehrköpfen alles zusammen und schmissen zum Schluss alles auf die Straße. Wir aber waren noch glücklich, wenigstens ihren Revolvern entronnen zu sein . . .

Nieder liege ich mit verbundenen Beinen in einem Viehwagen. Schwer rollt der Zug der polnischen Grenze zu. Beinen im Wagen.

„Adieu Rossia“, murmelte alle. Die Grenze ist da, Türen werden aufgerissen — Tschekafantrolle! Uniformen dringen in den Wagen.

„Was, hier sind noch einige Bourgeois! Raus mit ihnen!“

Einige alte Russen werden herausgeschleppt und während der Zug langsam weiter fährt, ertönen draußen einige Anrufe . . . Wir wissen was das bedeutet.

Wieder geht die Tür auf. Alle atmen auf. Der Hölle entronnen! Polnische Uniformen, Ufentlas, parfümierte Offiziere, Europa! Zivilisation, Kultur!

Da leuchtet der Pole einem von uns in Gesicht . . .

„Was, Juden im Wagen! Trojks Bettlern! Raus mit ihnen!“

Uniformierte, parfümierte, kultivierte Hände greifen nach uns, zerren uns aus dem Wagen. Draußen ist 25 Grad Kälte; ich liege mit dem Verband im Schnee des Bahnsteiges . . . Schüttelfrost überfällt mich!

Der Zug rollt weiter und in der Tür winkt eine Pletwa, „grüß Trojks!“

Ein Jahrzehnt ist vergangen. Vieles ist vergessen. Nur manchmal tauchen bunte Flecke vor den Augen auf . . . Uniformen! Manchmal tritt ein Pöbel an mich heran, und ich sehe das graue Tuch, die goldenen Knöpfe, schon glaube ich ein Kosaken- oder Ulanengesicht vor mir zu sehen, ich schauere, bis ich dann ausblicke und in zwei große Kinderaugen blicke, die sagen: „Ich muß doch Uniform tragen!“

# Der Zaunkönig auf der Eichjagd

Der Zaunkönig sprach: „Ich werde auf die Eichjagd gehen.“

„Wie willst du einen Eich erlegen? Du hast nur einen ganz kleinen Bogen.“

„Aber werdet sehen, daß ich einen Eich erlege, und zwar nicht irgendeinen, der vorbeiläuft, sondern einen fetten.“

Er suchte umher im Waide. In einem Hügel sah er Eichstol liegen, und er fragte: „Wo sind deine Leute?“

„Weiter oben am Berghang.“

Er ging hin und fand die Eichherde. Er mischte sich unter sie und betrachtete einen um den anderen.

Wenn ihm ein Tier schon seit erlähnt, sprach er: „Dreh dich einmal um und laß dich ansehen. Vielleicht kann ich dich gebrauchen.“

„Rein, du bist mir zu mager. Dich will ich nicht.“

So untersuchte er die ganze Herde, bis er das größte und fetteste Tier gefunden hatte. „Dreh dich einmal um. Ich meine, du bist der rechte.“

„Ja, warum bist du denn nicht gleich gekommen?“

Dann sprang er diesem Eich in den Hinter.

Drinnen sprach er: „So, nun laufe nach Süden und um den See. Laufe aber nicht so langsam, denn ich habe Hunger.“

So

feuerle er den Eich bis in das Dorf und vor seine Hütte. Die Leute sahen einen Rieseneich auf die Hütte des Zaunkönigs zu laufen. Als er dort angelangt war, stach ihm der Zaunkönig ins Herz. Der Eich fiel um, der Zaunkönig sprang heraus: „Glaubt ihr es nun, daß ich ein Eichjäger bin?“

# Der beliebte Sherlock Holmes

Anlässlich des Ablebens Sir Conan Doyles, des Verfassers der Sherlock-Holmes-Geschichten, erzählte der amerikanische Verleger Dr. Clure, welche Honorare Doyle erhalten hat. Für die ersten vier 49 Jahren erworbenen Geschichten erhielt der Verfasser pro Stück 180 M., für die nächste Serie erhielt Doyle bereit 220 Mark pro Stück. Mit der wachsenden Beliebtheit Sherlock Holmes' stieg auch das Honorar und zuletzt erhielt der Autor für die amerikanischen Rechte für eine Serie von 6 Bänden 10 000 Dollar. Clure hat zuletzt für eine Serie von weiteren 10 Geschichten 300 000 Mark, welches jedoch von Doyle abgelehnt wurde.